

Wiener Landtag

19. Wahlperiode

31. Sitzung vom 30. April 2014

Wörtliches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

1.	Entschuldigte Abgeordnete	S. 3
2.	Fragestunde	
	1. Anfrage	
	(FSP - 01321-2014/0001 - KVP/LM)	S. 3
	2. Anfrage	
	(FSP - 01320-2014/0001 - KSP/LM)	S. 5
	3. Anfrage	
	(FSP - 01322-2014/0001 - KVP/LM)	S. 7
3.	AST - 01277-2014/0002 - KVP/AL: Aktuelle Stunde zum Thema "Wien braucht ein Gesetz mit klaren Vorgaben für städtische Immobilienentwicklungen und -verkäufe!"	
	Redner:	
	Abg Mag Alexander Neuhuber	S. 11
	Abg Mag Christoph Chorherr	S. 13
	Abg Ing Udo Guggenbichler,	S. 14
	Abg Georg Niedermühlbichler	S. 15
	Abg Norbert Walter, MAS,	S. 16
	Abg David Ellensohn	S. 16
	Abg Mag Dr Alfred Wansch	S. 17
	Abg Dr Kurt Stürzenbecher	S. 18
4.	Mitteilung des Einlaufs	S. 19
5.	LG - 02852-2013/0001, P 1: Änderung der Wiener land- und forstwirtschaftlichen Berufsausbildungsordnung 1992 (Beilage Nr 4/2014)	
	Berichterstatterin Amtsf StRin Mag Ulli Sima	S. 19
	Abstimmung	S. 19
6.	01092-2014/0001-MDLTG, P 2:	
	Bericht des Unvereinbarkeitsausschusses 2014	
	Berichterstatter Abg Dipl-Ing Omar Al-Rawi	S. 19
	Abstimmung	S. 19
7.	01093-2014/0001-MDLTG, P 3:	
	Anfrage der Staatsanwaltschaft Wien betreffend Vizepräsident des Bundesrates Mag Harald Himmer	
	Berichterstatterin Abg Kathrin Gaal	S. 19
	Abstimmung	S. 20

(Beginn um 09.00 Uhr)

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Einen schönen guten Morgen!

Die 31. Sitzung des Wiener Landtages ist damit eröffnet.

Entschuldigt sind die Abg Dr Aigner, er ist erkrankt, Abg Florianschütz, dienstlich verhindert, Abg Mag Dr Kappel ebenfalls dienstlich verhindert, Abg Reindl von 9 bis 12 Uhr und Abg Tanja Wehsely von 9 bis 11.30 Uhr.

Wir kommen damit zur Fragestunde.

Die 1. Frage (FSP - 01321-2014/0001 - KVP/LM) wurde von Herrn Abg Nobert Walter gestellt und ist an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke gerichtet. *(Die Wiener Bevölkerung ist zunehmend von den Abgaben- und Gebührenerhöhungen der letzten Jahre durch die Wiener Stadtregierung betroffen. Das Wiener Valorisierungsgesetz gehört abgeschafft und es sollte zusätzlich auch ein Abgabebegrenzungs-gesetz beschlossen werden, welches für jede einzelne Abgabenerhöhung in Wien eine umfassende und detaillierte Rechtfertigung vorsieht. Werden Sie sich für diese Reform einsetzen?)*

Bitte, Frau Stadträtin.

LhptmStin Mag Renate **Brauner**: Einen schönen guten Morgen, sehr geehrte Damen und Herren!

Herr Abg Walter fragt mich nach dem Valorisierungsgesetz und nach einem neuen Abgabebegrenzungs-gesetz. Nun, ich darf zum einen darauf hinweisen, dass dieses hier im Landtag beschlossene Valorisierungsgesetz eine dem Verbraucherindex angepasste Valorisierung für die Abgaben vorsieht, die in diesem Gesetz geregelt sind. Warum? Weil wir der Meinung sind, dass schrittweise kleine maßvolle Anpassungen besser sind als große Schritte, wie es sie in der Vergangenheit gegeben hat. Man orientiert sich also nach der Wirtschaftsentwicklung, was eine bessere Vorhersehbarkeit, Kalkulierbarkeit und Nachvollziehbarkeit bedeutet. Es geht natürlich darum, dass öffentliche Leistungen finanziert werden müssen, vorausgesetzt, man bekennt sich zu öffentlichen Leistungen, und wir tun dies jedenfalls. Sie wissen auch, dass die Gebühren in unserer Stadt in keinsten Weise kostendeckend sind, und Sie wissen vermutlich auch, dass der Verfassungsgerichtshof jüngst in seinen Erkenntnissen vom März 2014 dieses in Wien etablierte System der Valorisierung in Einklang mit den finanzverfassungs- und finanzrechtlichen Bestimmungen gesehen hat und die dem Gemeinderat zukommende Stellung als oberstes Organ hervorgehoben hat. Wenn man also eine Änderung dieser Regelung verlangt, dann bedeutet das, dass man genau diese Elemente der Vorhersehbarkeit der Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage ignoriert oder man eben nicht diese Interesse hat, öffentliche Leistungen in höchster Qualität den Wienern und Wienerinnen zur Verfügung zu stellen. Wir haben dieses Interesse, deshalb bekennen wir uns auch zu dieser Regelung. Wir bekennen uns aber auch dazu, dass es Sinn macht, wo es möglich ist, in Österreich

einheitliche Regelungen zu haben. Und, lieber Herr Kollege Walter, ich nehme doch an, dass Ihnen bekannt ist, dass es im Bund beim Herrn Finanzminister, zu dem Sie, glaube ich, keine so schlechte Beziehung haben, auf Grund diverser Regelungen des Gebührengesetzes des Bundes, aber auch diverser Einzelregelungen wie des Gerichtsgebührengesetzes oder die Antragsgebühren im Bundesvergabegesetz oder im Bundesstraßen-mautgesetz und viele andere, ich könnte jetzt noch viel vorlesen, ebenfalls eine Regelung der Valorisierung gibt.

In Niederösterreich, und wenn ich nicht ganz falsch liege, sind Sie dort auch, sagen wir, nicht böse mit den Damen und Herren, die dort politische Verantwortung tragen, gibt es das Niederösterreichische Landes- und Gemeindeverwaltungsabgabengesetz, eine Regelung, die sogar über das hinaus geht, was wir in Wien haben, weil Sie wissen, dass wir die 3-Prozent-Regel haben. Nur wenn dort die Inflation darüber ist, dann wird erhöht. Nebenbei bemerkt, wenn es eine Deflation gäbe, dann würde gesenkt, selbstverständlich in der Logik der Regelung. In Niederösterreich wird automatisch jedes Jahr erhöht, egal, ob es jetzt oberhalb oder unterhalb der 3 Prozent ist.

Wenn Sie jetzt von mir eine Antwort hören wollen, ist die erste Antwort die inhaltliche. Ich habe begründet, im Interesse qualitativvoller Leistungen für die Wiener und Wienerinnen sind maßvolle Anpassungen notwendig. Gleichzeitig darf ich aber auch darauf verweisen, dass wir uns hier im Einklang befinden auch mit Einheiten, in denen Ihre Partei Verantwortung trägt, wie wir in Niederösterreich wissen, auch in sehr hohem Ausmaß. Nebenbei darf ich Sie noch darauf aufmerksam machen, dass es jetzt schon gesetzliche Vorgaben gibt, nämlich die finanzausgleichsrechtlichen Vorgaben zum doppelten Äquivalenzprinzip. Dazu gibt es auch entsprechende Judikatur des Verfassungsgerichtshofs. Also de facto ist Ihre Forderung, dass es eine Obergrenze für Gebühren geben soll, durch dieses doppelte Äquivalenzprinzip und die dazu ergangene Judikatur des Verfassungsgerichtshofs eigentlich schon erfüllt und keine zusätzliche Regelung notwendig.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Frau Stadträtin. Die 1. Zusatzfrage stellt Herr Abg Dipl-Ing Margulies. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Dipl-Ing Martin **Margulies** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Es hat mich die Geschäftsordnung etwas überrascht. Kollege Walter stellt die 1. Zusatzfrage, aber er hat anscheinend verzichtet. Nichtsdestoweniger, vor mehr als einem Jahr, kann ich mich erinnern, habe ich die ÖVP gefragt, ob es eine Gemeinde mit mehr als 10 000 Einwohnern gibt, die in Summe niedrigere Gebühren hat als Wien, insbesondere eine mit einem ÖVP- oder FPÖ-Bürgermeister/Bürgermeisterin. Bislang gab es keine Antwort.

Und weil jetzt ein Abgabebegrenzungs-gesetz gefordert wird oder auch eine Aufhebung des Valorisierungsgesetzes die Frage an Sie: Woran, glauben Sie, liegt es,

dass es keine einzige österreichische Gemeinde mit einem blauen oder schwarzen Bürgermeister/Bürgermeisterin gibt, die in Summe niedrigere Gebühren hat als die Gemeinde Wien?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Frau Stadträtin!

LhptmStin Mag Renate **Brauner**: Nun, Ihre Analyse ist richtig, Herr Kollege. Ich habe mir natürlich in Vorbereitung für diese Anfrage, man kann sich sowieso nicht alle Gebühren anschauen, das habe ich jetzt in der kurzen Zeit nicht geschafft, aber ich habe zwei Gebühren genommen, die immer in der öffentlichen Diskussion sind, Müll- und Kanalgebühren, und die auch für die Existenz einer Stadt von unendlicher Wichtigkeit sind, und habe mir da einen Vergleich machen lassen und eine Statistik ausdrucken lassen: Vergleich Wien mit ÖVP-Bezirkshauptstädten bei Müll- und Kanal und darf Ihnen diese zeigen (*Die Rednerin zeigt die Statistik.*). Überraschenderweise, diese großen schwarzen Balken sind ÖVP-Städte und das kleine rote ist Wien. Die Farbwahl ist zufällig gewählt und wir sehen hier deutlich, dass Wien ganz unten ist im Vergleich zu ÖVP-geführten Bezirksstädten sowohl, ich darf Ihnen das zeigen, bei der Müllgebühr, als auch, lieber Freund, hier bei der Kanalgebühr. Hier befindet sich Wien sehr weit unten, hier sind wir gerne Schlusslicht.

Wo wir nicht Schlusslicht sind, und danke für den Hinweis, das ist bei der Qualität und das ist uns schon sehr wichtig, denn ich bin der festen Überzeugung, und das sage ich jetzt auch als Wirtschaftsstadträtin, dass eine gut funktionierende Infrastruktur eine ganz entscheidende Frage für das Funktionieren einer Stadt und auch für den Wirtschaftsstandort ist. Wenn wir hier mit Unternehmungen reden, so sind Dinge, die für uns eine Selbstverständlichkeit sind, wie dass bei uns nicht jeden dritten Tag der Strom ausfällt, über das diskutieren wir gar nicht und das ist auch eine ... (*Zwischenrufe*) Nein, auch in Niederösterreich nicht. Ich rede den Wirtschaftsstandort Österreich nicht schlecht, Herr Kollege, das lasse ich anderen. Ich bin der Meinung, dass Gesamt-Österreich ein guter Standort ist und dass in Gesamt-Österreich und ganz besonders auch in Wien wir hier Verantwortung tragen. Das Argument, welches ich Ihnen gerne sagen möchte, ist, dass ich als Wirtschaftsstadträtin glaube, dass das Funktionieren öffentlicher Infrastrukturen neben dem, was logischerweise für die Bürgerinnen und Bürger wichtig ist, für die wir da sind, auch für den Wirtschaftsstandort ganz zentral ist, und das gilt natürlich für eine Metropole wie Wien ganz besonders, aber selbstverständlich auch für ganz Österreich. Ich bin der Meinung, dass Österreich ein guter Wirtschaftsstandort ist und bin keine von denen, die ihn schlechtredet, ich wehre mich auch dagegen. Was nicht heißt, dass wir nicht überall noch Verbesserungspotenzial haben, selbstverständlich auch in Wien. Aber an dem arbeiten wir ja.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke. Für die 2. Zusatzfrage erteile ich Herrn Abg Stark das Wort.

Abg Rudolf **Stark** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister!

Kanal, Wasser, Müll werden ja jetzt wieder teurer und

Gebührenerhöhungen hatten wir auch in den letzten Jahren. Laut WIFO gab es in den letzten 24 Jahren durch Inflation und kalte Progression keine Reallohnerhöhung. Das bedeutet, dass alles teurer ist. Eine Folge davon sind zum Beispiel die 150 000 Mindestsicherungsempfänger in Wien.

Meine Frage, sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, ist: Werden Sie auf die Bundesregierung einwirken, die kalte Progression bereits im kommenden Jahr abzugelten und die Lohn- und Einkommenssteuertarifstufen zu valorisieren beziehungsweise gibt es eventuell Überlegungen, Bereiche, in denen Überschüsse erzielt werden wie zum Beispiel bei Wasser, Kanal, aus dem Valorisierungsgesetz herauszunehmen?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Frau Stadträtin.

LhptmStin Mag Renate **Brauner**: Ich möchte zuerst noch einmal darauf hinweisen, dass wir generell einen extrem geringen Deckungsgrad bei den Gebühren haben und selbstverständlich bei den Gebühren auch an die Zukunft denken müssen. Wenn es in einem Jahr einen kleinen, kleinen Überschuss gibt, so muss natürlich auch auf entsprechende Investitionen in der Zukunft Rücksicht genommen werden. Genauso werden die Gebühren ja auch berechnet, so sind sie auch korrekt, so sind sie ja auch von allen Seiten als korrekt bestätigt worden.

Ein zweites Thema ist das von Ihnen angesprochene Thema „Ungerechtigkeit unseres Steuersystems, Schiefelage unseres Steuersystems, kalte Progression“. Zweifelsohne ist dies ein Problem und hier denke ich, dass eine Steuerreform höchst an der Zeit wäre. Eine Steuerreform, das muss man halt leider auch dazusagen, muss auch finanziert werden, und das macht es in Zeiten der Wirtschaftskrise und des Hypo-Desasters, über das wir hier schon diskutiert haben, und wer dafür die politische Verantwortung trägt, meine Damen und Herren von der FPÖ, ist auch klar und liegt auf der Hand, einer Regierung natürlich nicht leicht, eine Steuerreform zu machen. Steuerreform jetzt kann nur bedeuten, dass es auch entsprechende Gegenfinanzierungen gibt. Diese Gegenfinanzierungen können meiner Meinung nach eindeutig nur auf der Vermögensseite liegen. Wir kennen ja die entsprechenden Untersuchungen, dass in Österreich generell der Faktor Arbeit zu hoch besteuert ist und der Faktor Kapital, Geld, Boden viel zu wenig besteuert ist. Das heißt, wir haben hier eine entsprechende Schiefelage und es wäre sicher notwendig, um entsprechende Lohn-einkommen entlasten zu können. Auf der anderen Seite haben wir hohes Vermögen, Sie wissen, dass wir hier von der Millionärssteuer sprechen und nicht von irgendwelchen Kleinhäuslern oder mühsam ersparten 25 000 EUR von der Oma, sondern wir reden von Millionärssteuern. Diese wären dringend notwendig, damit das von Ihnen zu Recht angesprochene Problem, unter anderem der kalten Progression, gelöst werden kann. (*Lautes Plenum.*)

Das ist aber nicht nur dieses. Sie verfolgen sicher auch die aktuelle Diskussion über die Grunderwerbsteuer, ein Thema, das für Wien ganz, ganz wichtig ist wie für alle anderen Kommunen. Auch hier sehe ich die Ungerechtigkeit einer so unrealistischen Einschätzung

mit dem Einheitswert, wie sie jetzt ist, überhaupt nicht ein, weil ein normaler Arbeitnehmer kann auch nicht sagen, ich bewerte jetzt mein Einkommen einfach nur mit einem Zehntel und nur dafür zahle ich Steuern, sondern er muss das zahlen, was es real wert ist. Ich finde, das sollte auch entsprechend bei der Grundsteuer so sein. Seitens des Städtebundes gibt es hier auch entsprechende Vorschläge.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke. Ich darf nur bitten, die Gespräche etwas gedämpfter zu führen, wenn es geht.

Die nächste und letzte Zusatzfrage stellt Herr Abg Walter. Ich bitte darum.

Abg Norbert **Walter**, MAS (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Guten Morgen, Herr Präsident! Guten Morgen, Frau Stadträtin!

Danke für die erste ausführliche Antwort. Ich habe natürlich nicht auf die 1. Frage verzichtet, sondern die hätte der Kollege Aigner gehabt. Nachdem er aber nicht da ist, ist sie ja offensichtlich ins Wasser gefallen. Nur das zum Kollegen Margulies.

Wenn Sie gesagt haben, Sie haben eine relativ geringe Deckung der Gebühren, dann erinnere ich doch daran, dass wir zum Beispiel beim Wasser eine relativ hohe Überdeckung haben, beim Kanal natürlich auch. Jetzt sage ich einmal, wenn man von Gebühren spricht, dann bedeutet das Gebührenprinzip ja eigentlich, dass es kostendeckend sein soll, aber nicht gewinnmaximierend.

Jetzt frage ich Sie: Können Sie sich vorstellen, zumindest diese Bereiche, die überdeckend sind, in irgendeiner Art und Weise den Bürgerinnen und Bürgern zurückzugeben, nämlich deshalb, weil ja dadurch auch das Wohnen in erheblichem Maß jährlich verteuert wird?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke. Frau Stadträtin!

LhptmStin Mag Renate **Brauner**: Nun, ich habe in meinem ersten Teil der Antwort schon das doppelte Äquivalenzprinzip angesprochen, das eben vorsieht, dass es sehr wohl zu dem, was Sie als Überdeckung bezeichnen, kommen kann, wenn dieses Geld auch für Dinge im Sinne dieser Gebühr verwendet wird. Konkret muss hier beim Wasser, beim Kanal auch investiert werden, Investitionen müssen angespart werden. Man kann ja hier nicht aus dem Laufenden entsprechend hohe Investitionen tätigen und man sieht ja, wie notwendig das in diesem Bereich ist.

Es ist darüber hinaus selbstverständlich auch nicht nur möglich, sondern sogar geboten, dass Gebühren auch eine lenkende Funktion haben. Auch das ist vom Gesetzgeber nicht nur erlaubt, sondern sogar geboten.

Und zum Dritten denke ich doch, dass wir hier den Kostendeckungsgrad der Gebühren gesamt sehen müssen. Es kann ja wohl nicht so sein, und das können Sie als Vertreter einer Wirtschaftspartei ja wohl nicht ernsthaft vorschlagen, lieber Herr Kollege, dass wir sagen, wir nehmen uns die einen Gebühren, ohne an die Zukunft zu denken, was man da alles investieren müssen, heraus, und die anderen, bei denen wir einen Kostendeckungsgrad von zum Teil nicht einmal 2 Prozent haben und

viele, die nur knapp über zweistelligen Prozenten im Deckungsgrad sind, bleiben weiter in der Regelung drinnen und müssen dann mit Steuergeldern finanziert werden. Denn eines muss man ja auch sagen: Die Leistung muss ja trotzdem finanziert werden. Und weil wir jetzt sagen, die Gebühren werden nicht erhöht, deswegen muss ja trotzdem eine Finanzierung da sein, das Geld fällt ja deshalb trotzdem nicht vom Himmel, leider. Wenn Sie wüssten, wo es ist, sagen Sie es mir bitte. Ich wäre als Finanzstadträtin sehr daran interessiert, aber ich habe es bisher nicht gefunden. Das heißt, finanziert muss es trotzdem werden. Insofern muss man natürlich auch die Gebühren gesamt sehen und ich halte das Herausnehmen einzelner Gebühren nicht für sinnvoll.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke.

Wir kommen damit zur nächsten Anfrage (*FSP - 01320-2014/0001 - KSP/LM*). Sie wird von Frau Abg Barbara Teiber gestellt und ist an den Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung gerichtet. (*Welche Erwartungen knüpft das Land Wien an die in der geplanten Bauordnungs-Novelle vorgesehene neue Widmungskategorie 'Gebiete für förderbaren Wohnraum'?*)

Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Dr Michael **Ludwig**: Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Frage ist deshalb eine ganz wichtige, weil sie natürlich einen Kernbereich auch meines Ressorts berührt, nämlich die Frage, inwieweit es möglich ist, Grundstückskosten zu stabilisieren. Hier gibt es ein ganzes Bündel an Maßnahmen, das dazu dienen soll, hier auch positiv auf die Frage der Grundstückspreisentwicklung einzuwirken. Ein Element unter mehreren habe ich versucht, jetzt auch über die Novelle der Bauordnung festzulegen. Es finden sich in der Novelle der Bauordnung einige Punkte, die sich ganz besonders auch mit der Problematik und Herausforderung der Grundstücksbevorratung beschäftigen.

So ist ein ganz wichtiger Punkt die sogenannte Widmungskategorie „Förderbarer Wohnbau“, die vorsieht, dass die Bauwerke auf bestimmten ausgewiesenen Gebieten in technischer Hinsicht einem Projekt entsprechen müssen, das dem geförderten Wohnbau und den entsprechenden Kriterien unterworfen werden kann. Das sind einige Punkte, die hier auch zusammenzufassen sind. Zum einen geht es darum, eine Begrenzung der Nutzfläche pro Wohneinheit festzulegen, das heißt, keine Wohneinheit darf mehr als 150 m² Nutzfläche umfassen. Damit soll verhindert werden, dass in dieser Widmung das Luxussegment bedient wird.

Der zweite Punkt dieses Kriteriums „Förderbarer Wohnbau“ sieht vor, dass ökologisch unerwünschte Baumaterialien untersagt werden. Analog zum geförderten Wohnbau ist die Verwendung von PVC beziehungsweise FCKW-Materialien untersagt. Das betrifft sowohl die Fensterelemente als auch Isoliermaterial im Bereich der Haustechnik wie etwa Leitungsummantelungen, sofern Alternativprodukte am Markt verfügbar sind. Eine Tradition, die wir jetzt schon seit vielen Jahren im geför-

derden Wohnbau einsetzen, wird hier also auch als technische Rahmenbedingung festgelegt.

Und ein dritter wichtiger Punkt ist die Begrenzung des Heizwärmebedarfs, das heißt, die Anforderung an die Dämmung eines Hauses bemisst sich an den sehr viel strengeren Regeln des geförderten Wohnbaus und der Wohnbauförderung. Das bedeutet, dass sich die Differenz derzeit in etwa bei 10 Prozent zwischen den Kriterien des geförderten Wohnbaus und jenen Bauwerken, die am freifinanzierten Markt errichtet werden, bewegt. Der Vorteil liegt auf der Hand.

Auch in diesem Bereich, für die Bewohnerinnen und Bewohner sind niedrigere Energiekosten zu tragen, und wir als Stadt Wien haben den Vorteil, dass es sich hierbei um ein ganz wichtiges Element auch der Klimaschutzziele handelt, die wir in unserer Stadt ja auch erreichen wollen. Das bedeutet, dass selbst dann, wenn ein Bauträger nicht um Wohnbauförderung ansucht, das Projekt dennoch in technischer Hinsicht förderfähig sein muss. Es ist mir jetzt völlig bewusst, dass damit natürlich nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft sind, an einem bestimmten Grundstück geförderten Wohnbau zu errichten. Aber es ist ein deutliches Signal dafür, dass in ganz bestimmten, speziell ausgewiesenen Gebieten unserer Stadt geförderter Wohnbau erwünscht ist und sich Grundstückseigentümer auch speziell an diesen Rahmenbedingungen orientieren müssen.

Was wir auf Grund der verfassungsrechtlichen Bestimmungen nicht bewirken können, ist, dass wir einen Grundstückseigentümer zwingen, dieses Grundstück für den geförderten Wohnbau zur Verfügung zu stellen. Das ist unserer Meinung nach auf Grund der Bundesverfassung nicht möglich. Aber wir können mit dieser Novelle der Bauordnung vorsehen, dass die technischen Rahmenbedingungen so ausgestattet sind, dass ein Grundstückseigentümer mit großer Wahrscheinlichkeit dieses Grundstück auch für den förderbaren Wohnbau zur Verfügung stellt.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Herr Stadtrat. Die 1. Zusatzfrage stellt Herr Abg Flicker. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Martin **Flicker** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Schönen guten Morgen, Herr Stadtrat!

Diese Maßnahmen und die Auflagen klingen ja alle recht vernünftig und wir hoffen, dass die auch so umgesetzt werden. Wir hoffen nur, dass es dann nicht zu einem Ungleichgewicht bei den Grundeigentümern kommen wird.

Und das bringt mich zur Frage: Gibt es dann eine Obergrenze beim Grunderwerb beziehungsweise bei den Baukosten so wie beim sozialen Wohnbau?

Amtsf StR Dr Michael **Ludwig**: Das ist derzeit auf Grund der Novelle der Bauordnung deshalb nicht vorgesehen, weil wir in der Novelle der Bauordnung nur die technischen Rahmenbedingungen festlegen können. Alle anderen Kriterien, die von Ihnen jetzt angesprochen worden sind, sind ja in anderen gesetzlichen Bestimmungen festgelegt beziehungsweise auch in Richtlinien der Wohnbauförderung. Das wird in diesem Bereich durch die Novelle der Bauordnung nicht tangiert.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke. Die 2. Zusatzfrage stellt Herr Abg Chorherr. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Mag Christoph **Chorherr** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Sie weisen richtigerweise und ehrlicherweise darauf hin, dass das Kernproblem, vor dem alle Städte stehen, nämlich die steigenden Grundstückskosten, aus verfassungsrechtlichen Gründen über so eine Widmungskategorie nicht begrenzt werden können. Jetzt zeigen insbesondere Modelle in Deutschland, aber auch in Holland, dass andere Länder das sehr wohl tun.

Ich frage Sie: Jetzt hinaus gehend über die Wiener Möglichkeit, was müsste sich verfassungsrechtlich ändern, damit diese so dringende, so wichtige Frage, nämlich dass nicht eine ganz kleine Gruppe von Liegenschaftseigentümern, die das Glück hat, im Nahbereich einer U-Bahn zu liegen und dann Kosten verlangen - wir alle wissen, die Grenzen des geförderten Wohnbaues liegen irgendwo bei plus minus 250 EUR. Es wird heute bereits ein Vielfaches gezahlt, was zur Konsequenz hat, dass sich insbesondere der geförderte genossenschaftliche Wohnbau mit der Grundstücksbeschaffung schwer tut. Was müsste sich auf bundesverfassungsrechtlicher Ebene ändern - ohne ein juristisches Detail jetzt, das können Sie jetzt natürlich nicht beantworten, - damit es auch in Wien möglich ist, auf die Grundstückskosten signifikant einwirken zu können?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Herr Stadtrat.

Amtsf StR Dr Michael **Ludwig**: Ja, richtig ist, dass es im Ausland, auch im EU-Ausland unterschiedliche Modelle gibt. Es hat aber auch in Österreich schon Vorstöße gegeben, in Salzburg und in Tirol beispielsweise. Aber es muss uns bewusst sein, dass eine solche Maßnahme natürlich sehr stark ins Eigentumsrecht eingreift - so habe ich auch die Zusatzfrage vom Herrn LABg Flicker verstanden - und die bundesverfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen dahin gehend geändert werden müssten, dass Grundstückseigentum durch den Zugriff einer geänderten Raumordnung oder städtebaulicher Maßnahmen dadurch sehr wohl beeinträchtigt werden kann.

Ich möchte vielleicht auch nur ein Beispiel herausstreichen, über das immer wieder auch in den Medien diskutiert wird, und das ist die Einführung einer Widmungskategorie „Vorbehaltsflächen für den geförderten Wohnbau“, wie sich das genannt hat, im Rahmen der Tiroler Raumordnung. Hier hat es in Tirol den Versuch gegeben, diese Widmungskategorie zu verankern. Die musste nach intensiver Prüfung wieder verworfen werden, da es dagegen massive verfassungsrechtliche Bedenken gegeben hat. Der Grund war, dass es hier keine vertiefte Grundlagenforschung gegeben hat und pauschal ganze Gebiete mit der Widmungskategorie „Vorbehaltsflächen für den geförderten Wohnbau“ versehen worden sind. Von daher war der Einspruch, auch aus verfassungsrechtlicher Sicht, dass es hier notwendig ist, eine vertiefte Grundlagenforschung durchzuführen und ganz spezielle Gebiete im Rahmen der Raumordnung, in unserem Fall auch des Städtebaus, festzulegen.

Das heißt, auch eine Abwertung auf Grünland als

Konsequenz einer Verweigerung des Verkaufs an einen gemeinnützigen Bauträger bringt keinen öffentlichen Nutzen, so wurde das ausverifiziert. Das heißt, man müsste hier ganz klare, neue Rahmenbedingungen auch auf bundesverfassungsrechtlicher Ebene setzen, die ein starkes Einwirken ins Eigentumsrecht der Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer vorsieht. Nach unserer Einschätzung und nach den Erfahrungen in Salzburg und Tirol ist das nach den bestehenden gesetzlichen Rahmenbedingungen nicht möglich. Wenn man das ändern möchte, dann sind hier mehrere verfassungsrechtliche Bestimmungen zu ändern.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke. Die 3. und letzte Zusatzfrage stellt Herr Abg Dr Eisenstein. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Univ-Prof Dr Herbert **Eisenstein** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Danke schön. Schönen guten Morgen, Herr Landesrat!

Herr Landesrat, Sie haben gerade erklärt, was unter „förderbarem Wohnraum“ zu verstehen ist: Das Projekt muss förderfähig sein, es muss aber letzten Endes dann nicht zu einer Förderung kommen. Ich habe schon ein bisschen ein Problem damit, weil wir ja alle immer vom leistbaren Wohnen sprechen und der Begriff „förderbar“ hier in der Bauordnungsnovelle meiner Meinung nach schon durch „gefördert“ zu ersetzen gewesen wäre, auch wenn die Förderung dann noch nicht vorliegt, weil ich meine, dass „förderbar“ alleine, und Sie sagen es ja selber, noch nicht bedeutet, dass das Objekt auch wirklich gefördert wird. Das heißt, es ist nicht garantiert, dass wirklich günstiges Wohnen dann letzten Endes auch stattfinden kann.

Jetzt meine Frage an Sie, sehr geehrter Herr Landesrat: Wäre es nicht gescheiter gewesen, man hätte den Begriff „förderbar“ in diesem Zusammenhang jetzt nicht neu erfunden, sondern gleich „gefördert“ stehen gelassen?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Herr Stadtrat.

Amtsf StR Dr Michael **Ludwig**: Na ja, sehr geehrter Herr Landtagsabgeordneter, das ist eben eine sehr stark rechtliche Problematik, denn, wie gesagt, wir können einen Grundstückseigentümer ja nicht dazu nötigen, dass er ein bestimmtes Grundstück, sein Grundstück, für den geförderten Wohnbau zur Verfügung stellt. Das können wir eben auf Grund der verfassungsrechtlichen Bestimmungen, die dem entgegenstehen, nicht tun. Was wir jetzt aber in der Novelle der Bauordnung festlegen können, ist, dass wir Rahmenbedingungen festlegen, wo die technische Ausgestaltung bei der Widmung so festgelegt wird, dass sie sich sehr stark am geförderten Wohnbau orientiert. Das heißt aber nicht, dass ein Grundstückseigentümer auf diesem, seinem Grundstück, geförderten Wohnbau errichten muss, sondern dass dort ein Wohnbau errichtet wird, der von den technischen Rahmenbedingungen her dem geförderten Wohnbau entspricht, zum Beispiel dass die Wohnungen nicht größer als 150 m² sein dürfen oder dass es ökologische Auflagen wie im geförderten Wohnbau gibt. Aber ein Grundstückseigentümer wird auch nach dieser Widmungskategorie die Möglichkeit haben, auf diesem

Grundstück, wenn er das möchte, freifinanzierten Wohnbau zu errichten, allerdings unter den in der Widmungskategorie „Förderbarer Wohnbau“ festgelegten Rahmenbedingungen. Das wird, wie gesagt, nicht alle Probleme lösen. Es ist ein Mosaikstein unter mehreren und auch ein deutliches Signal, dass wir bei bestimmten Grundstücken, die vorher auch im Widmungsverfahren ausgewiesen werden müssen, um eben die Probleme, die die Tiroler Landesregierung mit ihrer Widmungskategorie gehabt hat, dass sie eben in einem großen Gebiet ohne vertiefte Grundlagenforschung ausschließlich förderbaren Wohnbau errichten wollte, dahin gehend zu umgehen, dass wir ganz spezielle Grundstücke im Rahmen eines Widmungsverfahrens auf Basis der Novelle der Bauordnung für die Widmungskategorie „Förderbarer Wohnbau“ vorsehen.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Herr Stadtrat.

Wir kommen damit zur 3. Frage (*FSP - 01322-2014/0001 - KVP/LM*), die von Herrn Abg Mag Alexander Neuhuber gestellt wurde und an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Finanzen gerichtet ist. (*Die Mercer-Studien sind nicht alles. Im aktuellen Kaufkraft-Ranking eines Marktforschungs-Institutes konnte erstmals in der Geschichte der Erhebungen Niederösterreich das Bundesland Wien im Bundesländervergleich überholen und sich vor Salzburg den ersten Platz sichern. Laut Global Cities Index 2014 der Unternehmensberatungsfirma A.T. Kearney ist Wien vom 13. auf den 16. Platz zurückgefallen. Wien darf den Anschluss nicht verlieren. Wie erklären Sie sich diesen negativen Trend unseres Bundeslandes bei aktuellen Standort-Rankings und Wirtschaftsdatenvergleichen?*)

Bitte, Frau Stadträtin.

LhptmStin Mag Renate **Brauner**: Herzlichen Dank, Herr Präsident!

Diese Frage richtet sich nach der Entwicklung der Rankings der Stadt Wien. Ich bin sehr dankbar für diese Frage, weil ich glaube, dass für einen Standort, eine Metropole wie Wien das Messen an anderen Standorten ganz wichtig ist, auch andere Standorte kennen zu lernen und von ihnen zu lernen. Wir wollen ja immer besser werden. Das ist ja auch mein Ziel als Wirtschaftsstadträtin. Besser werden bedeutet, den Menschen die Rahmenbedingungen zu geben, ihre Potenziale besser auszuschöpfen, eine stärkere wirtschaftliche Dynamik zu erreichen und damit qualitativ hochwertige Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen. Ich spreche natürlich als Erstes auch die Mercer-Studie an, die uns in den letzten Jahren ja immer wieder bestätigt hat, dass Wien eine sehr schöne, lebenswerte, qualitativ hochwertige Stadt ist. Wir waren immer auf den vordersten Plätzen. Und Sie haben recht, Mercer ist nicht alles. Ich könnte Ihnen jetzt als Wirtschafts- und Öffi-Stadträtin noch viele andere Studien nennen, die belegen, dass der Wirtschaftsstandort, die Leistungen der Daseinsvorsorge und die Internationalität unserer Stadt uns zu eine der führenden Metropolen weltweit macht, zum Beispiel der Smart City-Index, zum Beispiel die jüngste Untersuchung von Arthur D Little, wo wir im Mobilitätsbereich hervorragend abgeschnitten haben, auch und nicht zuletzt dank der

hervorragenden Wiener Öffis.

Aber zu Ihrer konkreten Frage, zum Kaufkraftvergleich: Auch hier, sehr geehrter Herr Abgeordneter, ist Wien zuletzt besser geworden. So ist die durchschnittliche Kaufkraft der Wienerinnen und Wiener pro Kopf im Jahr 2013 wiederum um 1,6 Prozent auf nunmehr auf 20 540 EUR gestiegen verglichen mit 20 220 im Jahr 2012. Und ja, es ist richtig, dass andere Länder eine höhere Steigerungsrate in diesem Jahr hatten. Welche Faktoren stecken denn dahinter? Wie kann man das erklären? Nun, ein zentraler Faktor ist ziemlich banal: Wien wächst. Wie Ihnen bekannt ist, sind wir zuletzt in der Dimension einer Stadt wie Leoben gewachsen. Seit Anfang des Jahrhunderts ist Wien in der Dimension von Linz gewachsen. RegioData hat in der Begründung auf diese Entwicklung auch explizit hingewiesen, denn Wien wird immer jünger. Es gibt erfreulicherweise immer mehr Familien mit Kindern, mehr Jugendliche. Ich denke, wir wollen uns wohl darüber einig sein, dass das eine positive Entwicklung ist. Aber natürlich, wenn es mehr Jugendliche und Kinder in dieser Stadt gibt, hat das natürlich Auswirkungen auf Pro-Kopf-Berechnungen, sehr geehrte Damen und Herren! Das ist eine sehr banale Antwort, dafür hätte auch ein Blick in das Statistische Jahrbuch der Stadt Wien gereicht, das dort liegt. Ich wollte es mit rausnehmen und Ihnen zeigen, aber ich werde es Ihnen nachher persönlich zeigen. Ich nehme an, Sie kennen es ja. Da finden Sie nämlich alle Bevölkerungsdaten drinnen. Ich kann sie Ihnen nur wärmstens ans Herz legen. Die Statistik führt oft ein Schattendasein, sie ist aber unglaublich wichtig und für unsere politische Arbeit unerlässlich.

Es gibt aber auch noch eine zweite Entwicklung: Der Wirtschaftsmotor Wien generiert Arbeitsplätze für die gesamte Ostregion, ob in der Dienstleistungsbranche, in den Infrastrukturunternehmungen, U-Bahn, Wohnbau, rund um Wien entstehen Arbeitsplätze. Das hat nicht zuletzt meinem lieben Freund und Kollegen Sobotka in Niederösterreich einen Stoßseufzer entlockt, indem er bei einer Presseaussendung vor Kurzem gesagt hat: „Es gibt regionale, boomende Zentren, die ausstrahlen und von woanders Arbeitskräfte aufnehmen.“, Zitat meines lieben Freundes Sobotka. Beschäftigt ist man in Wien, aber arbeitslos ist man in Niederösterreich gemeldet. Das erinnert eher an die 240 000 Pendler und Pendlerinnen, die in Wien arbeiten. Also hier eine externe Bestätigung dafür, welche Bedeutung die Region Wien für rundherum und für alle anderen hat. Aber um die Datengrundlage noch kurz abzurunden: Die drei Bezirke mit der höchsten Kaufkraft liegen nach wie vor in Wien und das ist gut so.

Nun zum zweiten Ranking AT Kearney's Global City Index, der 2014 zum 4. Mal erstellt wurde. Hier hatte Wien 2008 und 2010 unter den weltweit 84 Städten den 18. Rang erreicht, 2012 den 13., nun sind wir am 16. Rang. Wir liegen immerhin vor starken Standorten wie München, Stockholm, Zürich, Amsterdam oder Frankfurt. Wie ist denn hier die Datengrundlage? Index sind 26 Parameter in den 5 Dimensionen „Wirtschaftliche Aktivität“, „Humankapital“, „Zugang zur Information“, „Wertig-

keit des kulturellen Lebens“ und „Politisches Engagement“. Erfreulich für uns alle miteinander: In der „Wirtschaftlichen Aktivität“ sind wir besser geworden. Wir sind hier auf dem 13. Platz, 2012 waren wir noch am 15. Das heißt, die Anstrengungen machen sich hier bezahlt. Im Bereich Kultur sind wir besser geworden, sogar von Platz 24 auf 12, gutes Zeugnis für die Kulturstadt Wien.

Wieso sind wir insgesamt auf den 16. Platz gefallen? Nun, der eine Grund ist die Dimension „Zugang zur Information“, weil ein privater Kabelanbieter die Zahl der „news channel“ in seinem günstigen Paket von 7 auf 3 reduziert hat. Also ehrlich gesagt, das erschüttert meinen Glauben in den Wirtschaftsstandort und in die Grundfesten des Standorts nicht.

Schon viel ernster ist der zweite Grund, die Dimension „Humankapital“. Da geht es um den Universitätsstandort. Das müssen wir uns natürlich schon genau anschauen. Es ist zwar auch bei uns die Zahl der internationalen Studierenden gestiegen, aber woanders mehr. Das ist der Grund, warum wir da schlechter geworden sind. Na ja, und da, denke ich, haben wir eine gemeinsame Aufgabe, Herr Kollege, uns nämlich an den zu wenden, der für die universitäre Ausbildung und die Universitäten zuständig ist: Der Bund. Sie wissen, dass wir in Wien viel tun, dass wir hier Stipendien unterstützen. Aber natürlich ist für die Universitäten der Bund zuständig und ich glaube, dass wir beim nunmehrigen Wirtschafts- und Wissenschaftsminister offene Türen einrennen. Ich sehe in dieser Verbindung Wissenschaft und Wirtschaft zusammen, stehe nicht an, zu sagen, eine Chance. Ich sehe hier eine Chance, und ich denke, dass wir gemeinsam offene Türen einrennen werden, wenn wir Wien noch besser positionieren müssen. Wir sind jetzt schon die größte Universitätsstadt im deutschsprachigen Raum. Aber hier ist noch sehr, sehr viel zu tun. Und da, glaube ich, haben wir gemeinsame Aufgaben, um hier noch besser zu werden. Die Kanäle bewegen mich, ehrlich gesagt, nicht besonders, aber die Dimension „Universitäre Ausbildung“ sehr wohl.

Zum Schluss möchte ich mir noch erlauben, weg von den Rankings und hin zur amtlichen Statistik zu kommen. Hier zeigt sich die Stärke der Wiener Wirtschaft. Obwohl Wien nur einen Anteil von einem Fünftel an der Bevölkerung Österreichs aufweist, wird hier ein Viertel der gesamten Wertschöpfung Österreichs erwirtschaftet. Wir haben mit Abstand die höchste Produktivität bei uns in Wien, auch im internationalen Vergleich. Wenn man sich die Zahlen von Eurostat anschaut, des Statistischen Amtes der Europäischen Union, dann liegen wir im Jahr 2011, das sind die letzten aktuellen Zahlen, bei 272 Regionen am 10. Platz der „Wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit“, immer wieder darauf verweisend, dass das Wachsen der Stadt und die vielen jungen Leute bei Pro-Kopf-Berechnungen logischerweise natürlich einen Trend nach unten aufweisen müssen. Trotzdem sind wir in all dem besser geworden, nicht zuletzt auch bei den Zahlen der „Internationalen Betriebsansiedlungen“. Sie wissen, 50 Prozent all dessen, was nach Österreich kommt, kommt nach Wien. Der Stand der ausländischen Direktinvestitionen ist da ebenfalls entsprechend hoch,

und ich denke, darauf können wir unter den schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auch stolz sein. Das ist aber kein Grund, sich zurückzulehnen, sondern eine Motivation, noch besser zu werden.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Frau Stadträtin. Die 1. Zusatzfrage stellt Herr Abg Mag Neuhuber. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Mag Alexander **Neuhuber** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Guten Morgen, Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin!

Ich glaube, es war der Ex-Bundeskanzler Schüssel, der einmal gesagt hat: „Bei Meinungsumfragen ist es wie beim Parfum. Man soll daran riechen, aber man soll nicht aus der Flasche trinken.“ Ich glaube, ähnlich ist es bei Städte-Rankings: Man soll genüsslich daran riechen, aber man soll nicht daraus trinken. Und gerade, was den Mercer betrifft, habe ich das Gefühl, dass die Wiener Stadtregierung gerne einmal voll aus der Ampulle trinkt. Deshalb wollte ich das heute auch einmal ein bisschen relativieren und mit diesen aus dem Jahr 2014 stammenden anderen Studien zeigen, dass es verschiedene Messlatten für Städte gibt und dass nicht immer alles nur gut und paletti ist und es auch andere Rankings gibt. Ich komme ganz kurz ein bisschen auf die Kearney-Studie, die ja sehr interessant ist und, glaube ich, einiges sehr gut widerspiegelt. In den englischen Erläuterungen zur Kearney-Studie - und Sie haben jetzt gerade das Thema Humankapital richtig angesprochen, dort sind wir ein bisschen zurückgefallen hinter anderen Staaten - ist neben der Universität natürlich auch von der Ausbildung und der Verfügbarkeit von Fachkräften und von Mitarbeitern die Rede.

Daher meine Frage, Frau Vizebürgermeisterin: Was kann die Stadt Wien tun, um die Ausbildung der Wienerinnen und Wiener zu verbessern und wieder auf internationale Standards zu bringen?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Frau Stadträtin.

LhptmStin Mag Renate **Brauner**: Nun, Sie sehen, wir haben uns mit den Studien ja im Detail auseinandergesetzt, auch sehr differenziert und darüber hinaus. Deswegen habe ich bewusst auch die amtliche Statistik zitiert. Ich glaube auch, dass man sich auf diese internationalen Vergleiche nicht ausschließlich berufen kann, sondern dass wir einfach auch die Zahlen und Fakten, die wir selbst erheben und die mit Eurostat immer wieder abgeglichen werden, entsprechend auch sehen muss. Die Frage nach der Qualifikation insgesamt ist, wie Sie alle wissen, meiner Einschätzung nach eine ganz, ganz entscheidende Frage. Nicht zuletzt habe ich ja deswegen unter anderem Maßnahmen wie den verdoppelten Weiterbildungsausender vorgeschlagen.

Nicht zuletzt deswegen gibt es ein in Wien einzigartiges Instrument, den Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds. Und nicht zuletzt deswegen gibt es ja auf meine Initiative, das war mir wirklich ein persönliches Anliegen, den Qualifikationsplan Wien 2020, weil wir eben unbedingt auf Qualifikation setzen müssen, gerade in einer Metropole.

Sie kennen sicher die Statistik für Menschen, die über den Pflichtschulabschluss hinaus keine Ausbildung

haben. Das klingt jetzt leider sehr brutal, aber die Realität ist so brutal: Wird es in Zukunft in dieser Stadt nicht nicht mehr, sondern noch weniger Arbeit geben, weil die Entwicklung unserer Wirtschaft in die Richtung Qualität auch entsprechend gut ausgebildete Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen braucht? Deswegen haben wir hier diesen Qualifikationsplan Wien 2020, der sich auf der einen Seite damit befasst, die Zahl der Niedrigqualifizierten möglichst runterzudrücken. Es gibt ganz konkrete Zielvorgaben, die sich darauf beziehen, wie wir hier die Leute entsprechend qualifizieren können, wie wir zu Facharbeitern und Facharbeiterinnen kommen. Ich war vor Kurzem, Sie werden es den Medien vielleicht entnommen haben, bei der Firma Siemens, die mit der „Lehre mit Matura“ eine tolle Initiative gesetzt hat, dass sie allen ihren Lehrlingen gleichzeitig auch die Maturamöglichkeit anbietet. Also das ist eine Vielzahl von Maßnahmen, die hier gesetzt werden. All das ist Teil des Qualifikationsplans Wien. Und ich bin sehr, sehr dankbar und wirklich sehr erfreut, dass sich alle Sozialpartner zu dem committed haben. Wir haben das ja auch gemeinsam erarbeitet, Industriellenvereinigung, Wirtschaftskammer, Arbeiterkammer, ÖGB und Stadt Wien arbeiten hier gemeinsam. Also ich denke, wir setzen hier wirklich eine Vielzahl an Maßnahmen. Und ich würde mich auch sehr freuen und glaube, dass das im hohen Ausmaß ja auch der Fall ist, weil wir im Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds ja sehr gut zusammenarbeiten und diese Qualifikationsanstrengungen aus Parteidiskussionen heraushalten und über Parteigrenzen hinweg hier an einem Strang ziehen, weil meine ganz feste Überzeugung ist: Bildung ist der Schlüssel zu einem positiven Wirtschaftsstandort, zu einer Weiterentwicklung für die Menschen selber, zu einer sinnstiftenden, existenzsichernden und guten Arbeit und nicht zuletzt auch für ein erfülltes Leben. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke. Die 2. Zusatzfrage stellt Herr Abg Dipl-Ing Margulies. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Dipl-Ing Martin **Margulies** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Frau Stadträtin! Sehr geehrter Kollege Neuhuber!

Ich freue mich total, dass Sie diese Frage heute gestellt haben, gibt sie doch die Möglichkeit, einen Blick auf die unterschiedlichen Studien zu werfen. Jetzt sage ich das für mich ganz offen: Für mich sind die Studien nicht alles, aber lieber bei der Mercer-Studie auf Platz 1 als auf Platz 50, lieber beim Global-City-Index kontinuierlich unter den Top 20, unter den Top-5-Städten Europas als auf Platz 84, und lieber selbst bei der österreichischen Kaufkraftmessung unter den ersten 3 als auf Platz 9. Von dem her auch eine ganz eine kurze Bemerkung, und das hängt bei jeder Studie natürlich auch immer davon ab: Was passiert eigentlich? Zum Beispiel beim Kaufkraft-Ranking. Das eine ist natürlich das Pro-Kopf-Wachstum und die Auswirkungen, die darauf folgen. Das andere ist: Was passiert im Wiener Umland? Wenn überall anders in Österreich die Kaufkraft stark steigt und in Wien ein bisschen steigt, dann freue ich mich immer noch. Man muss das wirklich auch in Relation sehen. Und ich freue

mich auch, wenn andere irgendwo einmal besser sind. Das ist wirklich, glaube ich, etwas Notwendiges in unserer Gesellschaft, dass man es sich nicht neidet und sich immer diesen Level anschaut, auf dem alle, die untersucht werden, sich bewegen.

Daher die Frage an Sie, Frau Stadträtin: Welchen Stellenwert bei allem, worüber wir uns freuen, nehmen die Studien für Ihre Politik ein?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Frau Stadträtin.

LhptmStin Mag Renate **Brauner**: Nun, ich denke, dass unsere Einschätzungen hier sehr ähnlich sind. Natürlich sind solche Studien generell ein Leitfaden. Ich halte sie, ehrlich gesagt, in einer wirtschaftlich nach wie vor schwierigen Situation, die, wie wir alle wissen, ja auch eine Krise der Erwartungen ist, auch für wichtig, wenn international renommierte Untersuchungen Wien ein positives Zeugnis ausstellen. Ich kann Ihnen berichten, bei meinen Bemühungen, Wien international zu vermarkten und bei internationalen Auftritten bin ich manchmal wirklich überrascht, gerade die Mercer-Studie betreffend, wie oft ich mit der konfrontiert werde. International war ich es häufiger als in Wien, das heißt, diese positiven Stellenwerte, die Wien hier einnimmt, werden international wahrgenommen. Das ist unendlich gut für uns, weil es mir als Wirtschaftsstadträtin natürlich die Chance gibt, wenn man sagt, wieso seid's ihr so gut, zu sagen, na ja, unter anderem wegen dem öffentlichen Verkehr. Wenn die dann sagen, na, wie macht ihr das, dann kann man natürlich auch dezent darauf verweisen, dass es Top-Unternehmungen in Wien gibt, die hier entsprechend Angebote haben. Das heißt, das ist für die Vermarktung unserer Unternehmungen und des Standortes sehr gut.

Natürlich darf man sich auf diesen Lorbeeren nicht ausruhen. Wir verfolgen immer sehr genau unsere eigenen Untersuchungen. Deswegen mein Hinweis auf die Statistik, weil die oft so ein ungeliebtes Kind ist, aber sie ist ganz, ganz wichtig, weil das die Zahlen und Fakten sind, die Grundlage unserer Politik sein sollen. Das heißt in einem Satz zusammengefasst: Jawohl, diese Rankings sind wichtig, nicht zuletzt auch für das internationale Image. Jawohl, wir freuen uns, wenn wir gut sind. Aber wir richten uns weder danach ausschließlich aus noch ruhen wir uns darauf aus, aber wir werden sie schon weiter mit großer Aufmerksamkeit verfolgen.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Frau Stadträtin. Die 3. Zusatzfrage stellt Herr Abg Stark. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Rudolf **Stark** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister!

Die in der Frage angeführte Studie über die Kaufkraft der Bundesländer zeigt nicht nur, dass Wien im Ranking der Kaufkraft auf den 3. Platz hinter Salzburg und Niederösterreich zurückgefallen ist, sondern diese Studie zeigt auch, Sie haben es vorhin erwähnt, dass in Wien die drei Bezirke mit der höchsten Kaufkraft Österreichs sind. Aber leider ist in Wien auch der Bezirk mit der geringsten Kaufkraft Österreichs. Der Bezirk mit der höchsten Kaufkraft ist die Innere Stadt mit 40 000 EUR pro Kopf, und der Bezirk mit der geringsten Kaufkraft ist

Rudolfsheim-Fünfhaus mit 15 900 EUR. Der Bezirk mit der geringsten Kaufkraft Österreichs ist somit in Wien.

Meine Frage, sehr geehrte Frau Vizebürgermeister: Was werden Sie unternehmen, um in dem Bezirk mit der geringsten Kaufkraft die Kaufkraft zu erhöhen und die große Kluft der Kaufkraft in Wien zu vermindern?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Frau Stadträtin.

LhptmStin Mag Renate **Brauner**: Nun, zum einen denke ich, dass diese Zahlen zeigen, wie wichtig es ist, dass wir uns in Wien mit jeder Faser unseres Herzens für die Daseinsvorsorge einsetzen, damit eben die Grundbedürfnisse, die die Menschen haben, unabhängig von ihrer sozialen Situation allen zugänglich sind und allen in höchster Qualität angeboten werden.

Wenn wir uns die Situation anschauen: Was steckt hinter Kaufkraft? Hinter Kaufkraft steckt: Haben die Leute Arbeit und wenn sie Arbeit haben, wie viel verdienen sie? Das heißt, das Ziel ist, und genau das habe ich vorhin in der einen Diskussion ja schon angesprochen, da geht es eben darum, dass die Menschen in die Lage versetzt werden, auch Beschäftigung zu bekommen. Ich darf noch einmal in Erinnerung rufen: 53 Prozent derer, die in Wien keine Arbeit haben, haben keinen Abschluss, der über den Pflichtschulabschluss hinausgeht. Der Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und schlechter Ausbildung ist ganz evident. Genauso evident ist der Zusammenhang zwischen geringem Einkommen und damit geringer Kaufkraft und schlechter Ausbildung. Deswegen vorhin eben auch mein Appell: Bildung, Qualifikation ist der Schlüssel zu einem erfüllten Privatleben - das ist auch, wie gesagt, meine persönliche Meinung -, aber vor allem zu Beschäftigung und einem vernünftigen Einkommen. Deswegen haben wir ja genau den Schwerpunkt mit dem Qualifikationsplan Wien 2020, Deswegen haben wir die Qualifikationsoffensive. Deswegen setzen wir all diese Maßnahmen mit der überbetrieblichen Lehrerbildung, denn wenn junge Menschen aufwachsen und wieder keinen Lehrplatz kriegen, haben wir die Spirale der Armut nach unten, und die müssen wir durchbrechen. Nicht zuletzt deswegen hat der WAFF jetzt neue Initiativen gesetzt, wo wir mit Unternehmungen zusammenarbeiten, in Betriebe gehen und auch direkt in die Bezirke. Selbstverständlich gehen wir vor allem in jene Bezirke vor Ort mit Bezirkstagen, Sprechtagen und offenen Nachmittagen, in denen besonders viele Menschen schlechte Qualifikation haben. Die von Ihnen Angesprochenen sind hier absolut im Mittelpunkt.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Frau Stadträtin. Die 4. Zusatzfrage stellt Herr Abg Peschek. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Christoph **Peschek** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Sie haben in Ihrer Anfragebeantwortung auch die positiven Aspekte von öffentlichen Investitionen angesprochen. Können Sie die konkreten Auswirkungen näher erläutern?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Frau Stadträtin.

LhptmStin Mag Renate **Brauner**: Ja, gerne. Auch

hier halte ich es damit, dass Behauptungen selbstverständlich immer datenbasiert sein müssen. Das ist in diesem Fall auch so. Ich bin ja auch Präsidentin des Verbandes der öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft. Da haben wir im Jahr 2012 eine Studie in Auftrag gegeben, wie das mit kommunalen Dienstleistungen ist. Um es ganz kurz zusammenzufassen: Ich habe die öffentlichen Investitionen deswegen erwähnt, weil wir auf Grund dieser Studie wissen, dass jeder Euro, der in kommunalen Infrastrukturunternehmungen erwirtschaftet wird, weitere 1,70 EUR in der gesamten Volkswirtschaft bringt. Jeder Arbeitsplatz in einem öffentlichen Unternehmen erhält weitere 1,8 Arbeitsplätze in der Region.

Das heißt, kommunale Dienstleistungen haben hier eine ganz, ganz bedeutende Rolle, gerade weil wir vorhin auch das Thema Arbeitslosigkeit angesprochen haben. Lassen Sie mich nur ein konkretes Beispiel noch erwähnen, wo das ganz offensichtlich ist, nämlich beim U-Bahn-Bau. Auch hier gibt es entsprechende Untersuchungen, zum Beispiel die Untersuchung der Technischen Universität Wien, die im Auftrag der Wiener Linien einerseits einen ökologischen Fußabdruck der U2-Verlängerung, andererseits aber auch die wirtschaftlichen Impulse analysiert hat. Dabei hat die Studie der TU Wien, des WIFO und des Joanneum Research nachgewiesen, dass bei einer Investition von rund 1,4 Milliarden EUR für den Bau der U-Bahn wirtschaftliche Effekte im Wert von 3,8 Milliarden - also 1,4 Milliarden Invest, wirtschaftlicher Effekt von 3,8 Milliarden - angestoßen werden, 83 Prozent innerhalb Österreichs, aber weit über die Grenzen von Wien hinaus. Die direkte Wirkung des U-Bahn-Baus sind 17 000 Menschen pro Milliarde Auftragssumme. 17 000 Menschen finden bei einer Milliarde Auftragssumme hier Beschäftigung, im Übrigen um 50 Prozent mehr als beim Straßenbau. Also auch hier ein Argument für die öffentlichen Verkehrsmittel jenseits der Verkehrspolitik, sondern direkt in der Wirtschaftspolitik.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke. Die 5. und letzte Zusatzfrage stellt der Abg Mag Neuhuber. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Mag Alexander **Neuhuber** (ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien): Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin!

Nachdem Sie selbst vorhin das Thema „Vermarktung von Wien im Ausland“ angesprochen haben: In einer der bekannten internationalen Studien von Cushman & Wakefield City Monitories ist Wien auf Platz 23 im allgemeinen Ranking, ist interessanterweise aber um einiges schlechter in der Einzelkategorie „Vermarktung der Stadt im Ausland“, also Promotion, wie die sagen. Das ist ein sehr auffälliger Punkt in dieser Studie.

Wie erklären Sie sich das, dass von so einem internationalen Ranking die Außenwerbung der Stadt Wien so schlecht beurteilt wird?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Frau Stadträtin.

LhptmStin Mag Renate **Brauner**: Na ja, gerade Vermarktungseffekte sind natürlich, sagen wir einmal so, bei Messungen - und ich bin zwar Volkswirtin, aber habe mich mit den statistischen Fragen nicht so im Detail befasst ... Aber mir ist schon bewusst, dass gewisse

Dinge, sagen wir einmal so, leichter messbar sind und andere weniger leicht. Und die Frage von Vermarktung, die Effekte sind sicher nicht so leicht zu messen. Aber wir müssen das natürlich ernst nehmen. Es gibt auch andere Rankings. Sie wissen, dass wir zum Beispiel beim WienTourismus - und da ist zum Beispiel die Frage, ob das da mitberücksichtigt wurde - einen Preis nach dem anderen gewinnen und auch die Zahlen, die uns interessieren - was bringt's? - entsprechend gut sind.

Aber wir haben sicher, und daran arbeite ich sehr hart, das „Problem“, dass wir international nach wie vor sehr stark als Stadt der Kultur wahrgenommen werden, als die Stadt des imperialen Erbes. Dieses moderne, innovative Wirtschafts- auch Industrieimage, das die Stadt Wien auch haben sollte, ist sicher ausbaufähig. Da brauchen wir gar nicht darüber zu diskutieren. Wenn wir international Wien in der Diskussion haben, außer mit Leuten, die die Stadt näher kennen, ist sicher das Kulturimage im positiven Sinn so stark, dass es manchmal auch unsere Modernität, unsere Internationalität und die Weltoffenheit ein wenig überstrahlt. Hier zu einem Gleichgewicht zu kommen, und wir wären ja verrückt, wenn wir das positive Kulturimage bekämpfen würden, das tun wir natürlich nicht, aber hier sozusagen zu einem Gleichklang zu kommen, ist Ziel auch unserer internationalen Auftritte. Da haben wir ja auch gerade mit der Wirtschaftskammer, glaube ich, einige erfolgreiche gemeinsame Initiativen gesetzt. Aber wir werden dahinter bleiben und schauen, dass Wien in Zukunft als Wirtschafts- und Industriestadt genauso hoch bekannt und gelobt ist wie wir es als Kulturmetropole schon sind.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke. Die Fragestunde ist damit beendet.

Bevor ich zur Aktuellen Stunde komme, darf ich recht herzlich die Schülerinnen und Schüler sowie die Lehrerinnen und Begleitpersonen der Volksschule Schukowitzgasse bei uns auf der Galerie begrüßen. Herzlich willkommen. (*Allgemeiner Beifall.*) Da auch die Tochter des Abg Flicker in diese Klasse geht, heiße ich sie zu einer Töchterstunde herzlich willkommen.

Wir kommen nun zur Aktuellen Stunde. Der ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien hat eine Aktuelle Stunde mit dem Thema „Wien braucht ein Gesetz mit klaren Vorgaben für städtische Immobilienentwicklungen und Verkäufe“ verlangt. Das Verlangen wurde gemäß § 39 Abs 2 der Geschäftsordnung ordnungsgemäß beantragt. Ich bitte nun den Erstredner, Herrn Abg Mag Neuhuber, die Aktuelle Stunde zu eröffnen, wobei ich erinnere, dass die Redezeit mit zehn Minuten begrenzt ist. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Mag Alexander **Neuhuber** (ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien): Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuseherinnen und Zuseher auf der Bühne! Meine Damen und Herren!

Im Februar 2014 hat Bgm Häupl ein neues Projekt für Wien vorgestellt, das Immomanagement der Stadt Wien. Worum geht es beim Immobilienmanagement, für die, die da nicht ganz versiert sind? Es geht um Koordination von verschiedenen Abteilungen, die mit Immobilien zu tun haben, es geht um Bedarfsmanagement, es geht um

Bewirtschaftung von Immobilien, es geht aber auch um Verkauf von städtischen Immobilien und natürlich um die Strategie, wie überhaupt mit Immobilienbesitz umzugehen ist. Das klingt in der Theorie ganz toll, also quasi: „Die Kunde höre ich wohl, allein, mir fehlt der Glaube.“, das ist eine schöne Überschrift, aber die gelebte Realität in der Stadt Wien sieht bisher anders aus. Da bin ich selbst ein Zeitzeuge und kann sagen, wie lange das schon dauert, weil wir in der Koalition unter VBgm Görg schon damals über Immobilienmanagement verhandelt haben. Das ist jetzt schon weit über 15 Jahre her, in dieser Zeit ist nie etwas geschehen. Es gibt aber ein sehr stringentes Verhaltensmuster der Wiener Stadtregierung in Bezug auf Immobilienverkäufe. Das ist an vielen einzelnen Projekten, die wir in den letzten Monaten oder Jahren hier hatten, festzumachen: Die Hohe Warte, die Semmelweis-Klinik, erst vor wenigen Monaten die Feldgasse, das Viertel Zwei, Krieau, über das ich heute noch sprechen werde, oder ähnliche Projekte, Prater-Vorplatz, Waagner Biro, und, und, und. Da fehlt mir die Zeit für die Aufzählung.

Der Weg zum Verkauf ist immer der gleiche: Es gibt keine Ausschreibung, es gibt nur ein Sachverständigen-Gutachten, ein einziges, oder sogar nur ein internes Gutachten des Magistrats. Der ganze Weg zum Verkauf ist somit relativ intransparent. Plötzlich taucht ein Interessent auf, der die Immobilie kaufen will. Es gibt mit den Interessenten keinerlei Nachverhandlungen und letzten Endes sind die Verträge, die geschlossen werden, für die Stadt immer nachteilig.

Kurze Rückblende zum Thema Viertel Zwei, Stadion, Krieau, das wurde von uns schon 2004 heftig kritisiert. Es gab auch einen Kontrollamtsbericht dazu. Da wurden immerhin 107 000 m² städtische Flächen verkauft. Das ist ein echtes Stadtviertel, von dem man heute sprechen kann, das ist nicht nur eine kleine Immobilie. Der Kaufpreis, damals schon von mir kritisiert, lag nominell bei 32,1 Millionen. Die Bewertung war, wie vorhin schon gesagt, nur magistratsintern. 32 Millionen, Stadtentwicklungsgebiet, eine A4-Seite, nicht mehr, meine Damen und Herren! Und diese 32,1 Millionen sind nicht der Wahrheit letzter Schluss. Der Teufel liegt bei Verträgen sehr oft im Kleingedruckten und auch hier. Abzuziehen von diesen 32,1 Millionen waren damals nämlich schon - es gab bis zur Zahlung keine Valorisierung des Kaufpreises, also muss man abzinsen. Es gab den Abzug der Kosten für Abbruch, Ausmietung, Kontaminierung, falls vorhanden, für Errichtung von Pflichtstellplätzen allein 3,3 Millionen, Sachleistungen konnten über 4,8 Millionen erbracht werden, Kosten für den U-Bahn-Anschluss, und, und, und. Das Kontrollamt hat das in seinem Bericht von 2006 hervorragend herausgearbeitet.

Weil mir nur zehn Minuten zur Verfügung stehen, nur ein, zwei Sätze aus diesem Bericht. Den Kontrollamtsbericht kann ich jedem empfehlen, er ist ein echtes Schmankerl. Da heißt es etwa: „Aus der Sicht des Kontrollamtes war die Argumentation aus wirtschaftlichen Überlegungen nicht nachvollziehbar. Aus der Sicht des Kontrollamtes ist das im Akt befindliche Gutachten der MA 69, das für die Ermittlung des Kaufpreises für ein

derartig umfangreiches Projekt herangezogen wurde, äußerst knapp ausgefallen“, und, und, und. Ich könnte Ihnen daraus endlos weiterzitiieren.

Der tatsächliche Kaufpreis, meine Damen und Herren, für das ganze Stadion, Viertel Zwei, Union Sportplatz, ist nach meiner persönlichen Berechnung, die ich angestellt habe, wahrscheinlich nur in der Größenordnung nach allen Abzügen um die 15 Millionen EUR. Wir wissen aber gar nicht, und jetzt kommt der eigentliche zweite Skandal abgesehen vom Verkauf: Meine Damen und Herren, wir alle hier, der Wiener Gemeinderat, wissen nicht, um welchen Preis wir ein ganzes Stadtviertel an Dritte verkauft haben. Es ist unserer Begutachtung, es ist unserer Kontrolle völlig entzogen. Wenn das kein systemischer Webfehler ist, copyright der Landeshauptmann, der anwesend ist, meine Damen und Herren, dann weiß ich nicht, was ein Webfehler sein sollte. *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

Wir werden uns aber sicher damit noch einmal beschäftigen und versuchen, für alle Wienerinnen und Wiener zu eruieren, was ein ganzes Stadtviertel der Stadt Wien im Verkauf wirklich wert war. Der Herr StR Ludwig konnte das gestern hier auch nicht erfüllend beantworten, weil wir es nicht wissen. *(Amtsf StR Dr Michael Ludwig: Das ist nicht wahr! Ich habe es gestern erklärt!)* Wir wissen es nicht! *(Amtsf StR Dr Michael Ludwig: Ich habe das gestern zwei Mal erklärt!)* Wir wissen es nicht! *(Amtsf StR Dr Michael Ludwig: Sie nehmen es nicht zur Kenntnis!)* Wir haben noch keine Abrechnung! *(Amtsf StR Dr Michael Ludwig: 7,8 Millionen!)* Wenn es eine Abrechnung gibt, sehen wir sie gerne.

Laufendes Projekt Krieau, wieder ein halbes Stadtentwicklungsgebiet, meine Damen und Herren: Da steht im Kaufvertrag, heute haben wir 2014, der Kaufvertrag war Anfang 2012/Ende 2011, also 8 Jahre später, meine Damen und Herren, noch immer basierend auf den Preisen von 2004 von 300 EUR pro Quadratmeter Bruttogeschossfläche. Das würde sich jeder wünschen, Private wie Entwickler, meine Damen und Herren! Ich kaufe 2014 zu den Preisen von 2004! Überlegen Sie sich einmal, wie in den letzten acht oder zehn Jahren die Immobilienpreise in Wien gestiegen sind! Aber nicht so, wenn die Stadt Wien etwas verkauft, meine Damen und Herren!

Weil anders als heute in der „Presse“ auch in einem Artikel im „Falter“ dargestellt, sind die 7,245 Millionen nur ein Mindestkaufpreis. Dieser ist auf Grund eines Sachverständigen-Gutachtens. Das schon, aber nur über den derzeitigen Zustand, nämlich Sportflächen. Darin ist nichts über die Entwicklung eines ganzen Stadtteils. Was die Stadt Wien irgendwann in ferner Zukunft, in zehn oder mehr Jahren, für diese Grundstücke in der Krieau bekommen wird, meine Damen und Herren, steht wieder in den Sternen! Wir wissen es nicht, weil es dort wieder unzählige Kosten, die abgezogen werden, gibt, meine Damen und Herren. Wir wissen noch gar nicht, was gebaut wird und wir wissen auch nicht, was im Bereich der Krieau, der Tribünen, der Stallungen, et cetera saniert wird, was das am Ende des Tages kosten wird, was die Absiedlung von Teilen kostet. Das ist auch in den

Verhandlungen mit dem Trabrennverein, meine Damen und Herren, eine Carte blanche. Stellen Sie sich das doch einmal vor! Da steht im Vertrag nicht einmal, wie das zu handhaben ist! Stellen Sie sich vor, welche Begehrlichkeit das seitens des Trabrennvereins wecken wird, meine Damen und Herren! Zufällig ist der Präsident dort übrigens ein ehemaliger SPÖ-Nationalrat, der Kollege Gaal. Aber das spielt da natürlich überhaupt keine Rolle, das ist ein reiner Zufall! Aber stellen Sie sich vor, welche Begehrlichkeiten das weckt! Natürlich werden die sich jetzt alles vergolden lassen wollen, meine Damen und Herren! Und wer zahlt es? Das ist relativ das einzig Einfache, was hier zu beantworten ist, wer am Schluss die Rechnung zahlt. Das sind die Wienerinnen und Wiener, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP.)*

StR Ludwig hat gestern zu meiner Anfrage gesagt, es ist eine gelungene Immobilienentwicklung, Viertel Zwei. Stehe ich nicht an, zu sagen, keine Frage. Es ist wirklich eine gelungene. Es ist eine unternehmerische Leistung. Ja, stehe ich nicht an, zu sagen, sind wir uns alle einig. Er hat auch gesagt, es hätte am Anfang wenig Interesse dafür gegeben. Das sehe ich jetzt schon ein bisschen anders. Ich will die unternehmerische Leistung dort überhaupt nicht schmälern. Das ist wahrlich nicht unsere Ideologie und Sache der ÖVP, meine Damen und Herren. Aber Public Private Partnership läuft anders ab. PPP-Modelle können nicht immer heißen, dass das Risiko bei der Stadt und der Gewinn ausschließlich beim privaten Developer liegt, meine Damen und Herren! Und danach läuft es ab! *(Beifall von Lhptm Dr Michael Häupl.)* - Na bitte, Zwischenapplaus schon vom Herrn Landeshauptmann. Aber bitte auch danach zu handeln! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Warum hat es keine Ausschreibung gegeben, meine Damen und Herren? Warum werden die Grundstücke von der Stadt Wien nicht in eine gemeinsame Gesellschaft eingebracht und dann gemeinsam entwickelt? Dann hätten wir nicht nur das Risiko, weil da haben wir dann überhaupt kein finanzielles Risiko, wenn wir nur die Grundstücke einbringen, sondern dann hätten wir auch das Potenzial, an den Erträgen der letzten zehn Jahre und der Entwicklung mit zu partizipieren. Warum passiert das nicht, meine Damen und Herren? Das ist letztendlich die Schlüsselfrage, die ich immer wieder stelle und die mir noch nie jemand von Ihnen beantworten konnte!

Überlegen Sie es sich einmal, meine Damen und Herren der SPÖ und der GRÜNEN heute natürlich auch, wiewohl sie damals nicht dabei waren, muss man fairerweise sagen, aus dem privaten Bereich. Sie verkaufen Ihre Immobilie, eine Wohnung, ein Haus am Land, was auch immer. Es kommt zufällig jemand vorbei und sagt, das Haus gefällt ihm und er möchte es gern kaufen. Sie laufen flugs zum nächstgelegenen Sachverständigen, beauftragen ihn mit einem Gutachten oder der Käufer beauftragt ein Sachverständigengutachten und auf Grund dieses Gutachtens verkaufen Sie Ihre Immobilie, ohne einmal nachzuverhandeln, mit einem Vertrag, der zum Beispiel, wie im Fall Krieau, zehn Jahre den Kaufpreis unverzinst lässt und Sie bekommen irgendwann in zehn Jahren Ihr Geld. Meine Damen und Herren, das ist

gegen den guten Haus- und Sachverstand! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir brauchen ein Immobilienmanagement. Wir brauchen nicht nur ein Management, wir brauchen eine Kehrtwende bei den Grundstücksverkäufen, meine Damen und Herren! Sie müssen transparent werden. Es muss Ausschreibungen geben. Sie müssen ertragsmaximierend für die Wienerinnen und Wiener sein *(Beifall von Abg Ing Isabella Leeb.)* und sie müssen die Interessen der Stadt und ihrer Bewohner und unseres Geldsäckels wahren, meine Damen und Herren! Ja zu PPP-Modellen, ein ganz großes Ja seitens der ÖVP, aber als gleichwertiger Partner für die Stadt, nicht à la SPÖ, wo die Stadt zahlt und Ihre Günstlinge profitieren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Als nächster Redner hat sich Mag Chorherr zum Wort gemeldet. Auch für alle anderen Redner zur Information oder Erinnerung, mit fünf Minuten sind Ihre Redezeiten begrenzt. - Bitte, Herr Magister.

Abg Mag Christoph **Chorherr** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

In der Tat ist es heute ein extrem wichtiges Thema, das wir diskutieren, die Frage, wie eine große Immobilienbesitzerin, nämlich die Stadt Wien, mit ihren Immobilien in einer Zeit umgeht, wo eines der Hauptprobleme der Preisexplosion im Wohnbau die Explosion der Grundstückspreise ist. Ich werde mich jetzt sicherlich nicht hier hinstellen und einen Vertrag, der im Jahr 2004 geschlossen wurde, gegen den damals die GRÜNEN argumentiert haben, in irgendeiner Weise gutheißen.

Es bedarf in der Tat in einigen Bereichen einer Kehrtwende. Diese ist auch schon eingeleitet.

Ich möchte Ihnen ein Beispiel nennen: Als wir noch nicht in der Regierung waren, wurde hier beschlossen, wenn ich mich nicht irre, mit den Stimmen der ÖVP, und ich will jetzt ganz bewusst keine Polemik machen, weil es eine wirklich relevante Zukunftsfrage ist, dass das Areal rund um das Otto-Wagner-Spital verkauft wird. Wir waren damals dagegen. Dann gab es eine große Aufregung und es wurde der Vertrag geändert. Jetzt will ich wissen, wie schwierig es ist, ein bisschen Immobilienzahlen hineinbringen. Bei der Grundlage, und hier beharrt Frau StRin Wehsely zu Recht darauf, dass sie Geld bei der Veräußerung der Nutzung der Grundstücksareale braucht, um das Spitalskonzept zu finanzieren, gab es einen Wert X, den sie durch den Verkauf erlöst hätte. Wir haben gesagt, die Grundstücke, die uns, und jetzt mache ich es ein bisschen pathetisch, von unseren Großeltern, Vorfahren übergeben wurden, haben wir sorgfältig zu behandeln und auch unseren Enkeln und Urenkeln weiterzugeben und nicht einfach zu verkaufen. Ich meine es jetzt nicht spitz, wenn ich sage, so hält es die katholische Kirche, die langfristig denkt, nämlich dass sie Grundstücke nicht verkauft, sondern zur Nutzung übergibt. *(Abg Dr Kurt Stürzenbecher: Das soll sich der Neuhuber einmal anschauen!)*

Was ist beim OWS, bei diesem Areal, unbeschadet der Frage des Denkmalschutzes passiert? Dort ist ein

Baurechtsvertrag in Ausarbeitung. Ich will jetzt vor allem in Richtung Sozialdemokratie sagen, weil wir in dieser Frage in der Tat auf hohem Niveau diskutieren, aber diskutieren, weil Frau StRin Wehsely zu Recht gesagt hat, sie braucht das Geld jetzt, man kann sich auch Baurechte auf 99 Jahre auszahlen lassen. Das ist passiert. Welche Summe ergibt die Vorwegauszahlung des Baurechtes? Exakt die Summe des Kaufpreises, meine Damen und Herren! Deswegen stehen wir auf dem Standpunkt, dort, wo immer es geht, Baurechtsvarianten vorzuziehen. Das ist meine einzige Nuance zu dem, was der Herr StR Ludwig gestern in einer ähnlichen Debatte gesagt hat, wo er richtigerweise gesagt hat, beim Wohnfonds braucht er Einnahmen, damit er neue Grundstücke kaufen kann. Selbstverständlich braucht er diese. Diese kann er aber bekommen, wenn er Baurechtsverträge abschließt, sie sich auf einen Barwert abzinsen lässt und man überraschenderweise oft, und das würde jetzt meine Zeit sprengen, Ihnen zu sagen, warum das so ist, über das Baurecht abgezinst genau so viel kriegt wie beim Verkauf. Das hat mit der Zinslandschaft zu tun. Das wäre jetzt nur eine Vorlesung.

Mein Appell an die Sozialdemokratie, wir diskutieren das auf hohem Niveau. Wenn man in einer Koalition ist, muss man nicht immer zu 100 Prozent einer Meinung sein. Das wäre in der Tat komisch. Die Sozialdemokraten sind keine GRÜNEN und die GRÜNEN sind keine Sozialdemokraten. Wir einigen uns. Wir arbeiten gut. Wir bringen Lösungen. Aber hier haben wir noch einen Diskussionsbedarf.

Mein Appell an Sie: Nutzen wir diese Areale so, dass wir über Baurecht auch sozialen Wohnbau erzielen, aber in 90 Jahren noch einmal darüber entscheiden können, was mit diesen Bereichen passiert! Da hilft uns derzeit die Zinslandschaft.

In etlichen Punkten, aber einem zentralen Punkt, bin ich nicht der Meinung des Kollegen Neuhuber. Sie haben nämlich gesagt, man soll es höchstpreisig veräußern, die Stadt Wien soll den höchsten Preis erzielen. Wenn wir das beim OWS oder bei anderen tun, dann kann ich dort einen sozialen Wohnbau vergessen. Nein, das wollen wir nicht! Wir wollen auch die Grundstücke des Wohnfonds nicht höchstmöglich veräußern, sondern so veräußern, dass sie langfristig im Eigentum der Stadt Wien bleiben und sozialen Wohnbau ermöglichen. Das ist eine wichtige Diskussion, die wir weiterführen werden.

Ich hoffe, dass die Kehrtwende gelingt, insofern, dass wir sorgsam mit dem Grund und Boden umgehen und auch unseren Nachfahren überlassen, gleichzeitig die Finanzierungsvoraussetzungen tätigen, die notwendig sind. Dafür gibt es gute Modelle. Ich glaube, das Modell Otto-Wagner-Spital ist ein gutes, wie diese Kehrtwende der Wiener Immobilienbewirtschaftung aussehen kann. - Danke schön. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Nächster Redner ist Herr Abg Ing Guggenbichler. - Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Ing Udo **Guggenbichler**, MSc *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident!

Der grüne Abgeordnete hat gerade von einer Kehrt-

wende, die in Wien notwendig ist, geredet. - Ist die Uhr noch nicht eingeschaltet, weil es blinkt schon am Anfang? Das ist blöd. - Ja, wir haben eine grüne Kehrtwende erlebt. Wir haben die grüne Kehrtwende im Bereich des Semmelweis-Areals erlebt. Der Kollege Van der Bellen wird es wissen, er hat sich nämlich mit dem Herrn Chorherr mit 2 500 Unterschriften vor das Rathaus gestellt und gesagt: „Wir sind gegen diesen Verkauf dieses Semmelweis-Areals.“ Was ist in diesem Bereich dann passiert? Ich kann mich erinnern, wir haben vor zwei Jahren darüber gesprochen. Da gibt es auf der einen Seite die Amadeus-Schule, wo die Korruptionsstaatsanwaltschaft mittlerweile ermittelt, die die teuerste Schule Österreichs ist. Wir haben einen Antrag an den Stadtrat bezüglich einer Förderung von talentierten Wiener Kindern gestellt. Rot-Grün hat das abgelehnt. Wir haben jetzt die teuerste Schule oben. Sie hat eine Anleihe auf 15 Millionen EUR mit 10 Prozent verzinst gehabt, mittlerweile 39 Schüler, die 40 000 EUR Schulgebühren im Jahr zahlen. Jeder, der ein bisschen rechnen kann, weiß, dass sich das Ganze nicht ausgeht. Das war die eine Geschichte.

Dann haben Sie argumentiert, das ist ganz wichtig und wir haben einen Gutachter, der den Preis festgelegt hat. Unter 600 EUR für ein Filetstück der Stadt Wien, wo wir auf der einen Seite eine Schule haben und auf der anderen Seite die Firma at home als Bauträger 49 Nobelwohnungen baut. Wie gut das Ganze geplant war, wissen wir, weil irgendwann sind Sie draufgekommen, dass Sie keine Zufahrt für diese Nobelwohnungen haben und dafür den Hockepark niederholzen wollten. Das war der zweite Plan. Das war professionelle Arbeit dieser Stadtregierung, unter 600 EUR. *(Abg Dr Jennifer Kickert, die Hände über ihrem Kopf zusammenschlagend: Ah!)*

Weiterhin haben wir dann erfahren, das haben auch Sie gesagt, Frau Kickert, und Sie wissen es ganz genau, Bürgerbeteiligung, ich habe den Antrag gestellt, Zugänglichkeit für die Wiener zu schaffen, Sie haben ein neues Wort geboren, das Durchgängigkeit geheißen hat. Es gibt zwei Geh-Achsen. Und wie schaut Ihre Bürgerbeteiligung aus? Wie schaut Ihre Bürgerbeteiligung von den GRÜNEN aus? Die Bürger dürfen mitarbeiten, wie die Begrünung der Geh-Achsen ist! Das ist grüne Bürgerbeteiligung! So stellen Sie sich das Ganze vor!

Dann liest man auf der einen Seite in den Zeitungen, „teuerste Schule Österreichs“, und auf der anderen Seite darf ich Ihnen auch noch sagen, weil Sie gesagt haben, es geht Ihnen um den sozialen Wohnbau, wir dürfen nicht möglichst teuer verkaufen, damit wir sozialen Wohnbau ermöglichen: Was bauen wir dort? 49 Nobelwohnungen durch die Firma at home! Und wem gehört diese Firma at home? Wer sind die Eigentümer? Ich lese Ihnen ein paar Namen vor: Das ist auf der einen Seite der Vorsitzende der SPÖ Enzesfeld-Lindabrunn, Wolfgang Birnbauer, stellvertretender Vorsitzender der Neuen Heimat, Gemeinderat der SPÖ-Kottingbrunn, Herr Robert Vielnascher - schöner Name übrigens. Unter 600 EUR pro Quadratmeter! Dann haben wir als Nächsten das Mitglied der Sozialdemokraten, der auch für die Gewerkschaft kandidiert hat, dann haben wir den Max

Angermeier, Sektionsvorsitzender der SPÖ-Braunau, dann gibt es den Herrn Friedrich Schwarzenhofer, Bürgermeister von Mattighofen, dann gibt es einen Herrn Alois Oberegger, Mitglied des Gemeinderates der SPÖ-Liezen, und dann gibt es noch den Herrn Erich Rippl, Mitglied der SPÖ-Lengau. Unter 600 EUR haben Sie nicht für sozialen Wohnbau ein Filetstück der Stadt verschertelt, sondern an Ihre eigenen Genossen! Das ist ein Skandal! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Das ist ein Skandal! Das ist die Kehrtwende, weil vor zwei Jahren oder vor vier Jahren sind die GRÜNEN noch mit Plakaten vor dem Rathaus gestanden. 2 500 Bürger haben unterschrieben, dass dieses Areal nicht verkauft wird. Jetzt haben Sie zugestimmt, wenn das an die Genossen unter jedem Preis verschertelt wird! *(Abg Mag Wolfgang Jung: Sie haben das billig verkauft!)* Das ist ein Skandal! Grüne Kehrtwende! Danke, Herr Chorherr, für den Hinweis! Wir haben es mitgekriegt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abg Niedermühlbichler. - Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Georg **Niedermühlbichler** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Herr Präsident! Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Lieber Kollege Neuhuber, die Aktuelle Stunde lautet: „Wien braucht ein Gesetz mit klaren Vorgaben für städtische Immobilienentwicklung und -verkäufe!“ Ich bin eigentlich davon ausgegangen, dass du in deiner Rede ein bisschen erklären wirst, warum man das Gesetz braucht *(Abg Mag Alexander Neuhuber: Das habe ich auch erklärt!)*, warum das Gesetz wichtig ist. Ich bin enttäuscht worden, weil dazu hast du eigentlich gar nichts gesagt, sondern du hast nur aufgezählt, was deiner Meinung nach alles nicht funktioniert und dass daher der Weg, den wir jetzt beschreiten, deiner Meinung nach nicht der richtige ist. Ich glaube, das ist dir einerseits nicht gut gelungen oder gar nicht gelungen und andererseits geht es eben darum, und da werfe ich dir einen gravierenden Denkfehler vor, dass wir hier nicht marktwirtschaftlich denken, wie du das in deiner Firma natürlich tun musst - das verstehe ich schon -, wo alles nur um Gewinnmaximierung geht und man natürlich die höchsten Gewinne erzielen möchte. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Genossenschaftlich!)*

In der Stadt Wien geht es darum, auch Flächen zu entwickeln. Du hast es in deiner Rede auch gesagt, da werden Stadtentwicklungsgebiete, Stadterweiterungsgebiete verkauft, veräußert. *(Abg Mag Alexander Neuhuber: Deswegen verschenken wir es?)* Darin ist ein ganz wichtiger Punkt, Stadtentwicklungsgebiete. Wenn es darum geht, dass wir in Bezirken Stadtentwicklung betreiben wollen, dann können wir als Stadt Wien nicht als einzige, oberste, wichtige Prämisse den höchsten Preis, der zu erzielen ist, haben. *(Abg Mag Alexander Neuhuber: Aber so geht das gar nicht! Das gibt es doch nicht!)* Das wollen wir nicht. Dazu bekennen wir uns, weil für uns ist es ganz wichtig, dass wir auch leistbare Immobilien, leistbare Grundstücke zur Verfügung stellen können.

nen.

Wir kritisieren die Preistreiberei, wir kritisieren die hohen Grundstückspreise. *(Abg Mag Alexander Neuhuber: Das ist doch etwas anderes!)* Unser Stadtrat sagt dauernd, dass man hier Einhalt gebieten müsste. *(Abg Mag Alexander Neuhuber: Das ist deiner nicht würdig!)* Wir wollen jetzt in der Bauordnung auch eine Kategorie „Leistbares Wohnen“ einführen, weil wir eben kostengünstige Grundstücke zur Verfügung stellen können. *(Abg Mag Alexander Neuhuber: Leistbares Wohnen für Genossen!)* Da können wir uns natürlich nicht daran beteiligen, diese Preise künstlich hochzutreiben! Das unterscheidet uns von der ÖVP, die rein marktwirtschaftlich denkt *(Abg Mag Alexander Neuhuber: Ihr habt keine einzige leistbare Wohnung geschaffen!)*, und wo es der SPÖ, auch mit den GRÜNEN, eben wichtig ist, Immobilien zur Verfügung zu stellen, damit dort kostengünstig gebaut wird. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Kostengünstig? Ja, ja!)* Das ist ein ganz wichtiger Punkt! Dazu bekennen wir uns als Sozialdemokratie! Das werden wir auch weiterhin so machen!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Geschichte mit dem Gesetz ist ein bisschen spät. Du hast es zwar in deiner Rede schon kurz gesagt, wir haben, und der Herr Stadtrat hat das auch vorgestellt, ist auch seit 1.4. in Kraft, ein neues Immobilienmanagement, wo es darum geht, die vielschichtigen Grund- und Immobilienbesitze der Stadt Wien, und da geht es um die MA 69, MA 49, aber auch die Unternehmungen Wiener Wohnen, KAV, Wirtschaftsagentur, Wohnfonds, Stadterwerke, Wien Holding, wo wir viel Immobilienbesitz haben, in einem gemeinsamen Immobilienmanagement in Zukunft optimierter zu koordinieren, besser zu verwalten und auch aus gemeinsamer strategischer Sicht die Interessen der Stadt Wien wahrzunehmen. Hier ist ein ganz wichtiger Schritt, den unser StR Michael Ludwig gesetzt hat, seit 1.4. in Kraft getreten. Hier geht es darum, dass wir die Immobilien der Stadt Wien klarer, besser verwerten können, dass wir ein Immobilienmanagement eingeführt haben, wo wir eben darauf schauen, dass man sich nicht gegenseitig die Preise hochlizitiert beziehungsweise auch darauf schaut, was man mit den Immobilienbesitzern, mit den Grundstücken besser machen kann, als es derzeit in den einzelnen Geschichten der Fall war. Das ist ein richtiger und wichtiger Weg.

Wir brauchen kein Gesetz. Ein Gesetz macht uns nicht flexibel genug. Dazu stehen wir. Das haben wir als Sozialdemokraten gemacht. Das heißt, es ist wirklich der ganz richtige und wichtige Weg, diesen Schritt zu setzen. Er wurde gemacht. Daher ist die Forderung und damit auch das Thema der Aktuellen Stunde, „Wir brauchen ein Gesetz“, vollkommen in die falsche Richtung gehend. Vertrauen Sie uns! *(Heiterkeit bei der ÖVP.)* Wenn Sie es nicht tun, die Wienerinnen und Wiener tun es! Das wissen wir! Wir machen gute Politik für diese Stadt! Wir beweisen das tagtäglich und brauchen dazu nicht die Zurufe der Opposition! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. - Abg Mag Alexander Neuhuber: Oh, oh, oh! Der war nicht schlecht!)*

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Als Nächster zum Wort

gemeldet hat sich Herr Abg Walter. - Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Norbert **Walter**, MAS (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

„Was du von deinen Vätern ererbt, erwirb es, um es zu besitzen.“ - Ich glaube, das ist ein guter Spruch. Wenn ich den Kollegen Niedermühlbichler sagen höre, weil er den Kollegen Neuhuber so kritisiert hat, dass man nicht höchstpreisig verkaufen soll, erinnere ich nur daran, in der Krieau werden keine geförderten Wohnungen gemacht, denn sonst sind wir eh auch dafür. Da sind wir vollkommen d'accord. Aber das, was privat ist, zum Beispiel Viertel Zwei, wo wir nur Vorsorgewohnungen gebaut haben und wo ihr dann immer die Millionärssteuer kassieren wollt, passt irgendwie nicht zusammen, denen ein bisschen etwas zu schenken und auf der anderen Seite holen wir es uns dann doppelt und dreifach zurück. Also, so einfach geht es nicht! (*Abg Uta Meyer: So ist es!*)

Immobilienmanagement, Kollege Niedermühlbichler, vor 15 Jahren hier im Gemeinderat von der ÖVP das erste Mal gefordert. Jetzt haben wir 2014, jetzt haben wir ein bisschen etwas auf Schiene, aber umgesetzt haben wir es immer noch nicht. Ich glaube, da könnte man schon das Ganze ein bisschen schneller in Gang bringen, denn eines ist auch klar, was der Kollege Guggenbichler gesagt hat, die Verscherbelung von Semmelweis zeigt schon auch in eine Richtung, wo man nicht darauf vertrauen kann. Mich hat gewundert, dass du nicht einmal das Gesicht verzogen hast, als du das gesagt hast. Du als Tiroler hättest normalerweise sofort einen hochroten Kopf kriegen müssen. (*Abg Dr Kurt Stürzenbecher: Er ist schon gut eingelebt in Wien!*) - Kollege Vorsitzender, du hast dann eh noch das Wort. Du tust das dann eh alles im Sammelsurium zusammenführen.

Aber worum geht es tatsächlich? Kollege Niedermühlbichler hat vollkommen richtig gesagt, dass wir ein Immobilienmanagement brauchen, weil wir natürlich in den diversesten ausgelagerten Firmen, aber auch in den Magistratsabteilungen, viele Grundstücke horten, die weder bewertet sind, die weder einer Strategie unterliegen noch wir zum Teil überhaupt wissen, was damit passiert. Das zusammenzuführen, abzugrenzen, wo wir Gewerbe-, Industrieflächen wollen, wo wir geförderten Wohnbau brauchen, wo wir freifinanzierte Geschichten machen, wo wir Büros machen, wo Sonstiges passiert, ist höchst an der Zeit in einer Millionenstadt wie Wien, wo jeder immer davon spricht, dass sie jährlich um bis zu 20 000 Personen wächst. Und genau diese Dinge bleiben einfach irgendwo auf der Strecke.

Was ist mit dem Thema Facilitymanagement? Ich kann es nicht erkennen. Wir wissen, bei Wiener Wohnen haben wir bei den 220 000 Wohnungen im Verwaltungsbereich mehr als nur Bröseln. Da seid ihr auch nicht bereit, darüber nachzudenken, um das intelligenter zu machen, vielleicht zum Teil auszulagern, obwohl manche schon ausgelagert sind. Ich erinnere nur an die Gesiba, obwohl die Gesiba auch der Stadt gehört. Aber trotzdem ist die Gesiba eine gemeinnützige Wohnbaugenossen-

schaft. Also, statt darüber nachzudenken, wie man das in Zukunft besser und für die Menschen einfacher und vor allem auch leistbarer machen kann, höre ich dann immer betretenes Schweigen.

Zum Kollegen Chorherr wegen der Steinhof-Gründe: Eines muss man sich schon auch im Klaren sein, Verträge zu ändern, wo wir in Flächenwidmungen an sich eine Rechtssicherheit garantieren, ist für mich ein sehr bedenkliches Unterfangen. Denn was bedeutet das? Wenn uns irgendwo irgendetwas nicht passt, wo sich ein paar aufregen, dann drehen wir die Verträge allesamt um? Sie haben selbst gesagt, die Frau Kollegin Wehsely braucht es zur Finanzierung des Spitalskonzepts. Genau das sind die Dinge, wo sich heute noch die Katze in den Schwanz beißt, weil auf der einen Seite braucht die StRin Wehsely das Geld, auf der anderen Seite sollen wir dort dann weniger bauen und die Grundstücke sind dort, wo sie sind. Also, in Wahrheit könnt ihr allein an diesem Beispiel erkennen, dass das Immobilienmanagement in dieser Stadt nicht funktioniert. (*Abg Dr Jennifer Kickert: Mein Wissen ist in diesem Haus nicht gefragt!*)

Aber was ist eigentlich die Rolle des Managements, vor allem des Immobilienmanagements? Vielleicht geht es auch nur darum, dass man rechtzeitig, schneller, geschwinder auf Veränderungen intelligent reagiert. - Danke. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Als Nächster zum Wort gemeldet hat sich Herr Abg Ellensohn. - Bitte, Herr Klubobmann.

Abg David **Ellensohn** (*Grüner Klub im Rathaus*): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Wenn es um die Entwicklung von Immobilien geht, geht es um den leistbaren Wohnraum, das ist das zentrale Ziel, und die Organisation des Freiraums. Damit man das nicht vergisst, das zentrale Ziel für uns ist, Wohnungen zu schaffen, in denen die Leute nicht nur leben können, sondern die sie auch bezahlen können.

Der Herr Neuhuber hat mit ein paar Punkten angefangen, die ihm bei dem Geschäft rund um die Krieau nicht gepasst haben. Das waren keine Ausschreibung, nur ein Interessent, keine Nachverhandlungen zum Nachteil der öffentlichen Hand, wenn ich es richtig beieinander habe.

Dann nehme ich doch ein Beispiel. Ich weiß, warum sich die ÖVP bei solchen Sachen so gut auskennt. Da nehmen wir doch ein Beispiel: 167 Wohnungen vom Integrationsfonds verkaufen, unterstellt der Innenministerin, damals Frau Fekter, keine Ausschreibung, ein Interessent, keine Nachverhandlungen. (*Abg Mag Alexander Neuhuber: Und deswegen darf es die Stadt Wien auch tun?*) 167 Wohnungen kosten dann alle zusammen 1,1 Millionen EUR. Das ist halt ein Deal, der im Umfeld der Volkspartei passiert (*Abg Mag Alexander Neuhuber: Das hätte man besser machen können!*), wo auch tatsächlich alle möglichen Kontrollinstrumente eingesetzt werden. (*Abg Mag Wolfgang Jung: Das rechtfertigt nicht Ihre Vorgangsweise!*)

Nur habe ich keine Zeit. Wenn Sie es schnell googeln, „ÖVP Immobilienskandale“, wirft es Ihnen eh ein

Packerl aus. Da kommt eine ganze Serie. *(Abg Mag Alexander Neuhuber: Bleiben wir beim Projekt der SPÖ!)* Ich nehme nur ein einfaches Beispiel: Was die ÖVP unter leistbarem Wohnen versteht, ist leicht zu sehen. BIG hat Wohnungen, verkauft Wohnungen, zum Beispiel an eine Nationalrätin der Volkspartei, 3. Bezirk, 143 m². Die ganze Wohnung kostet 90 000 EUR. Die ganze Wohnung 90 000 EUR! Natürlich keine Ausschreibung, keine Interessentensuche, natürlich nur eine Interessentin, es war die ÖVP-Nationalrätin! Das sind Immobiliengeschäfte, wo nicht eines nach dem anderen passiert! *(Abg Mag Alexander Neuhuber: Es gibt viele Darstellungen, aber es wurde verkauft!)*

Deswegen gebe ich Ihnen im Kern recht. Immobilien-Deals in dieser Republik, vom Bodensee bis da her, bis zum Neusiedler See gehören so abgewickelt, dass am Ende ganz sicher einer nicht geschädigt ist, und das ist die öffentliche Hand. Das ist die Hauptaufgabe, nicht Finanzämter mit hoher Miete zu bauen, wo man am Ende die halbe Fläche hat und die gleiche Miete bezahlt. Nächste Geschichte, „profil“, dass Sie den Hauptsitz des Finanzministeriums so umbauen, dass der Rechnungshof schreiben muss, ein Kostendesaster. Bei dem Projekt wieder ein paar ÖVPler! *(Abg Mag Alexander Neuhuber: Bleib einmal beim Thema, Kollege Ellensohn! Rede zur Krieau!)* Ich kann nicht alles vorlesen. Herr Neuhuber! Ich komme in Ihren Klub und bringe Ihnen 20 Deals mit und Sie widerlegen mir jeden einzelnen, den das „profil“, die „Presse“, der Rechnungshof und andere kritisiert haben! Ich wiederhole hier nur die Kritik, die zum Teil bereits vor Gerichten entschieden worden ist! *(Abg Mag Alexander Neuhuber: Warum bleiben wir nicht in Wien?)*

Tatsache ist, in Wien haben wir ein Ziel. Das lautet, und das ist die größte Aufgabe, die Wien in den nächsten Jahren, Jahrzehnten hat, weil wir so schnell wachsen, wie wir es nicht rechnen konnten, leistbaren Wohnraum zu schaffen, genug zu bauen. *(Abg Mag Alexander Neuhuber: Leistbares Wohnen? Krieau! Viertel Zwei!)* Wie bauen wir das? *(Abg Mag Alexander Neuhuber: Wo wird in der Krieau leistbares Wohnen geschaffen? Bitte um Antwort!)* - Ich rede nicht nur über einen Deal. Herr Neuhuber, Sie haben Ihr Thema gesetzt und können da reden, was Sie wollen! Ich auch! So ist es ausgemacht in diesem Haus. Ich muss nicht ausschließlich über Ihr Thema reden! *(Abg Mag Alexander Neuhuber: Ausschließlich nicht, aber nicht einmal ein Satz dazu!)*

Die Idee ist also, jedes Jahr an die 8 000 Wohnungen zu schaffen, die auch tatsächlich leistbar sind. Das ist die Hauptaufgabe. Deswegen darf man, hat GR Niedermühlbichler vollkommen richtig sagt, nicht jedes Grundstück ausschließlich verscherbeln, wie Christoph Chorgherr ausgeführt hat, und sagen, wir holen so viel herein wie möglich, damit wir nachher wieder mit Wohnbeihilfen korrigieren. *(Abg Mag Alexander Neuhuber: Das ist peinlich!)* Wir müssen es schaffen, dass wir Wohnraum auch so verkaufen, dass wir Sozialwohnungen errichten können und leistbare Wohnungen gebaut werden. Ausschließlich darauf zu schauen, Grundstücke zu verkaufen, verstehe ich von privaten Immobilienentwicklern, die

Geld verdienen wollen, damit es gut gegangen ist. Diese haben auch keine andere Verantwortung. Das passt schon. Auch das ist so ausgemacht.

Aber die rot-grüne Stadtregierung hat eine andere Aufgabe. Wir müssen darauf schauen, dass jedes Jahr 20 000 bis 25 000 WienerInnen, die wir mehr werden, auch Wohnungen finden, wie jetzt, wo mehr als jeder Zweite in einem Gemeindebau oder in einer Genossenschaft wohnt, wo ein großes Segment in Wien, ein größeres als in allen anderen Bundesländern, tatsächlich sozialen Kriterien unterworfen ist. Da ist Wien jetzt Vorreiterin, war immer Vorreiterin und will es auch bleiben. Deswegen kümmern wir uns in hohem Ausmaß darum.

Sonst bin ich ganz der Meinung aller, die hier zwischendurch sagen, wie weit es überall durchgezogen wird, ist etwas anderes, jeder Immobilien-Deal gehört durchleuchtet, selbstverständlich überall dort, wo ein Verdacht ist, dass jemand mitgeschnitten hat, sowieso zu kontrollieren und wenn es leicht geht, das Geld, das jemand irgendwo unrechtmäßig mitgeschnitten hat, zurückzuholen. Da sind Sie Spezialisten. Nicht nur Sie. Ich weiß nicht, aber Sie regen sich immer wahnsinnig auf! Nicht alle bei Ihnen. Deswegen nehme ich es Ihnen besonders ab. Ich mache jetzt nicht bei allen anderen den Generalverdacht. Aber ich nehme den Herrn Neuhuber dezidiert heraus, weil sonst müssen Sie jedes Mal noch einmal herauskommen, um das dazuzusagen.

Tatsache ist, dass wir insgesamt hunderte Immobilien-Deals in dieser Republik haben. Mir ist es wurscht, ob es ein Roter, ein Grüner, ein Blauer, ein Schwarzer, wer auch immer, jemand von den neuen Parteien verantwortet, ich will das nicht! Nur bei uns habe ich noch keinen gefunden! - Vielen Dank. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Als Nächster zum Wort gemeldet hat sich Herr Abg Mag Dr Wansch. - Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Mag Dr Alfred **Wansch** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren hier im Saal und im Internet!

Das Thema dieser Aktuellen Stunde lautet: „Wien braucht ein Gesetz mit klaren Vorgaben für städtische Immobilienentwicklungen und -verkäufe.“ Formulieren wir dieses Thema als Frage: Braucht Wien ein derartiges Gesetz?

Werfen wir einen Blick auf die Ausgangssituation: Die Stadt Wien besitzt viele Liegenschaften und Gebäude. Die Stadt Wien ist auf unterschiedlichen Wegen in den Besitz und in das Eigentum dieser Gebäude gekommen. Ich möchte als Beispiel ein Beispiel aus der Geschichte erwähnen:

Der Industrielle Friedrich Förster hat der Stadt Wien ein 106 740 m² großes unbebautes Grundstück mit Vertrag vom 23.6.1917 geschenkt. Das Beispiel ist aus zwei Gründen aktuell, einerseits weil sich zum hundertsten Male der Ausbruch des Ersten Weltkrieges jährt, in dessen Zeit diese Schenkung gefallen ist. Der erste Grund also, wie gesagt, das historische Jubiläum. Es ist beeindruckend, dass es auch in solch schweren Zeiten, Kriegszeiten immer wieder beeindruckende Beweise von

Menschlichkeit gibt. Deshalb war die Schenkung unter einer Auflage, nämlich der Auflage, dass dort Heimstätten für die Familien der heimkehrenden Soldaten errichtet werden. Diese Familien haben dort auf dem geschenkten Grund Siedlungshäuser errichtet und die Stadt Wien hat mit den Genossenschaften, die diese Siedler gebildet haben, als rechtlichen Rahmen einen Baurechtsvertrag geschlossen. Natürlich wurde kein Bauzins oder nur ein symbolischer Bauzins verlangt, weil der Grund geschenkt war.

Nun sind wir beim zweiten Grund der Aktualität: Der Vertrag ist Ende 2012 abgelaufen. Wir haben hier die Diskussionen mitbekommen, was passiert ist. Es gibt ein rot-grünes Geschäftsmodell, wie man nun mit diesem geschenkten Grundstück umgeht. Es wurden ganz einfach die Bauzinse um mehrere Hundert Euro erhöht, einfacher Vertrag, Geschäftsmodell zu Lasten Dritter, mit den Grundstücken der Stadt Wien. Die Stadt Wien bekommt viel Geld, den Bauzins. Den Genossenschaften bleiben die Verwaltung und die Vergabe der Wohnungen. Und die Siedler zahlen die Zeche und sind die Opfer.

Schon dieser erste Blick zeigt, es geht nicht nur um eine gesetzliche Regelung für die Immobilienverwaltung und -verkäufe, es geht vielmehr um ein Gesetz für die Immobilienbewirtschaftung. Wir werden nicht ruhen, bis in der Immobilienbewirtschaftung, besonders bei den Baurechtsgründen, geordnete, gesetzlich geregelte Zustände einkehren. Das wird besonders den Kollegen Chorherr freuen, weil wenn die Grünen davon sprechen, dass sie Nutzungen in Form von Baurechtsverträgen vorziehen, ist das eine gefährliche Drohung für die Mieter und Siedler.

Bleiben wir aber noch bei der Verwaltung des Immobilienbesitzes. StR Ludwig hat gestern sehr gut die ganz wichtige Grundbevorratung, Immobilienbevorratung angesprochen. Ich würde nur noch einen Schritt weitergehen. Er hat als Zweck den Wohnbau, den sozialen Wohnbau, wie auch immer, genannt, aber wir haben vom Wohnbau gehört. Ich sage, die Immobilienbevorratung hat auch die Verpflichtung, Grünland, Erholungsraum und Kulturdenkmäler zu erhalten. Wir alle kennen das Beispiel Steinhof, wo diese Erhaltungspflicht zusammen trifft, Erholungsraum zu erhalten, kulturelles Erbe zu erhalten. Hier ist ganz klar festzustellen, dass gegenüber dem Bau von Luxuswohnungen der Schutz von Erholungsraum und der Schutz von Kulturerbe nicht zurücktreten dürfen. Auch hier bedarf es einer gesetzlichen Regelung, dass die Immobilienbevorratungspflicht weitergeht als bloße Bevorratung zum Wohnbau. Wir Freiheitliche werden nicht aufhören, den Schutz des Erholungsraumes, auch in den Steinhofgründen, unter Schutz unseres kulturellen Erbes zu gewährleisten! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Die Auffälligkeiten bei den Immobilienverkäufen wurden schon angesprochen. Auch hier ist ganz klar ein Vertragskonzept erkennbar, wo es zum Vorteil von privaten Immobilienkäufern am Ende immer zulasten der Stadt Wien geht.

Fassen wir zusammen: Die Antwort lautet: Ja, es ist

dringender Bedarf an gesetzlichen Regelungen für städtische Immobilienentwicklungen und Verkäufe. Es ist dringender Bedarf an gesetzlichen Regelungen für städtische Immobilienverwaltung und -bewirtschaftung. Und es ist am meisten Bedarf an gesetzlichen Regelungen für Sanktionierungen von Verletzungen dieser Gesetze, weil das Hauptproblem ist, dass derzeit in diesem Bereich keine Sanktionierungen für Verletzungen dieser gesetzlichen Vorschriften vorgesehen sind. - Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Johann **Herzog**: Zum Wort gemeldet ist Herr Abg Dr Stürzenbecher. - Ich ersuche darum.

Abg Dr Kurt **Stürzenbecher** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Stadtrat! Geschätzte Damen und Herren!

Die Aktuelle Stunde lautet also: „Wien braucht ein Gesetz mit klaren Vorgaben für städtische Immobilienentwicklungen und -verkäufe!“ - Rufzeichen, also nicht einmal ein Fragezeichen, was man dann sozusagen wenigstens noch irgendwie kritisch hinterfragen könnte. Da frage ich mich schon, wenn immer, gerade von der ÖVP-Seite, die Gesetzesflut beklagt wird, dass man für alles Gesetze beschließt und dann so lustige Vorschläge kommen, man darf ein neues Gesetz erst beschließen, wenn ein anderes beseitigt wird oder weiß Gott was, also ein ganz anderes. Aber hier, wo eigentlich überhaupt keine Notwendigkeit gegeben ist, weil wir genug Normen haben, braucht man jetzt auf einmal ein Gesetz! Das ist eigentlich nicht einzusehen und sachlich nicht gerechtfertigt!

Wir haben alles, was Immobilientransaktionen betrifft, geregelt. Wir haben die Stadtverfassung. Wir haben eine Haushaltsordnung. Das sind genaue Normen, welche festlegen, welches Organ mit der Beschlussfassung zu betrauen ist, wie die Transaktion abzuwickeln ist und es gibt Regeln. Für das Immobilienmanagement, das wir auf eine neue Basis gestellt haben, gibt es einen Erlass des Magistratsdirektors, wie diese strategische Immobilienplanung ablaufen soll. Zusätzlich gibt es dann noch die Empfehlung der EU-Kommission bezüglich Verkauf von Liegenschaften, nämlich angelehnt an das EU-Beihilfenrecht, wo im Wesentlichen verhindert werden soll, dass man quasi sehr billig einem Investor etwas gibt und ihn quasi anzulächeln, weil die EU halt nicht will, dass dann quasi eine Wettbewerbsverzerrung herauskommt.

Deshalb haben wir hier zwei Möglichkeiten, dass wir entweder versteigern, also bedingungsloses Bieterverfahren haben, was sehr oft der Fall ist, oder es ist ein sehr bestimmter potenzieller Investor Vertragspartner. Dann muss es ein Gutachten von einem externen, gerichtlich beeideten Sachverständigen geben. Also, diese beiden Möglichkeiten gibt es.

Zweiteres wird vor allem dann sein, wenn man quasi bei einer Liegenschaft einen Entwicklungsvorteil lukrieren will, also nicht unmittelbar einen Geldwert. Ersteres, das Bieterverfahren, wird man machen, wenn alles mit der Liegenschaft baureif ist, fix und fertig, keine weiteren Überlegungen mit dem Transaktionspartner. Dann wird

es sinnvoll sein, dass man quasi diese Liegenschaft als Cashcow nimmt. Es ist durchaus sinnvoll, dass man das macht. Aber es ist nicht immer sinnvoll. Oft gibt es eben andere Zielvorstellungen für die Gemeinschaft, die noch wichtiger sind. Da wird man dann eben dieses einzelne Verfahren haben. Aber da hat man den gerichtlich beeideten Sachverständigen, der diese wichtige Rolle spielt.

Das heißt, ein neues Gesetz wäre unnötig und wir brauchen es nicht. Es gibt auch spezielle Einrichtungen, die sich um die Entwicklung der Immobilien kümmern, den Wohnfonds, die Wien Holding und die Wirtschaftsagentur. So gesehen ist dieser Vorstoß der ÖVP nicht notwendig.

Es ist auch nicht richtig, wenn die Ertragsmaximierung, wie ich schon dargelegt habe, als einziges Ziel vorgegeben wird. Das wird bei manchen Projekten so sein, weil wir Geld brauchen. Es ist absurd, uns zu unterstellen, wir würden irgendetwas verschleudern. Ich meine, das ist doch rein absurd, weil wir natürlich das Geld brauchen. (*Abg Ing Udo Guggenbichler, MSc: Bei den Genossen wird es schon verscherbelt!*) Aber es gibt Fälle, beispielsweise, weil öfters in diesem Hause schon darüber diskutiert worden ist, Semmelweis. Dort hätte man möglicherweise, wenn man das an eine Botschaft verkauft hätte, etwas mehr lukriert. Es wäre dann aber natürlich abgesperrt gewesen, wäre nicht eine Schule, die Amadeus Music School hingekommen (*Abg Ing Udo Guggenbichler, MSc: Wie viele Wiener gehen dort in die Schule? Sagen Sie es!*) und wir hätten nicht die Durchwegung im Vertrag vereinbart. Das heißt, dass wir dort eben eine hochwertige Nutzung mit wenig Verkehr, sozusagen einen immateriell hohen Wert für die dortige Bevölkerung und deshalb vielleicht geringfügig weniger lukriert haben.

Also, die Immobilienentwicklung in der Stadt Wien läuft sehr gut und wir werden sie weiterentwickeln. Wir sind da sehr erfolgreich. Wir haben Normen, die alles regeln. Es geht sehr korrekt vor sich. Wir werden diesen Weg mit unserem StR Dr Ludwig erfolgreich weiterbeschreiten. - Danke schön. (*Beifall bei SPÖ und GRÜ-NEN.*)

Präsident Johann **Herzog**: Die Aktuelle Stunde ist somit beendet.

Bevor wir zur Erledigung der Tagesordnung kommen, gebe ich gemäß § 15 Abs 2 in Zusammenhalt mit § 31 Abs 1 der Geschäftsordnung bekannt, dass eine schriftliche Anfrage von Abgeordneten des ÖVP-Klubs der Bundeshauptstadt Wien eingelangt ist.

Postnummer 1 betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem die Wiener land- und forstwirtschaftliche Berufsausbildungsordnung 1992 geändert wird. Berichterstatterin hierzu ist Frau Amtsf StRin Mag Sima. - Ich bitte sie, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatterin Amtsf StRin Mag Ulli **Sima**: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich ersuche um Zustimmung zum vorliegenden Gesetzesentwurf.

Präsident Johann **Herzog**: Ich danke für die Einleitung. Da zu diesem Tagesordnungspunkt keine Wortmeldung vorliegt, kommen wir gleich zur Abstimmung.

Ich bitte jene Mitglieder des Landtages, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang in erster Lesung ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das Gesetz ist somit in erster Lesung einstimmig angenommen.

Ich schlage vor, die zweite Lesung dieser Gesetzesvorlage sofort vornehmen zu lassen. Ich bitte jene Mitglieder des Landtages, die diesem Vorschlag ihre Zustimmung erteilen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist einstimmig so beschlossen. Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtages, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das Gesetz ist somit in zweiter Lesung einstimmig beschlossen.

Ich danke der Frau Stadträtin.

Postnummer 2 der Tagesordnung betrifft den Bericht des Unvereinbarkeitsausschusses gemäß § 129b Abs 4 der Wiener Stadtverfassung über die Kontrolle der Bezüge von öffentlich Bediensteten, die zu Mitgliedern des Landtages gewählt wurden, für das Jahr 2014. Ich bitte den Berichterstatter, Herrn Abg Dipl-Ing Al-Rawi, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter Abg Dipl-Ing Omar **Al-Rawi**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Es wurden alle Meldungen überprüft. Es sind auch 100 Prozent Meldungen eingegangen. Es betrifft 15 Landtagsabgeordnete, die eine Reduzierung oder eine komplette Freistellung des Dienstverhältnisses angegeben haben.

Der Ausschuss hat heute getagt, es einstimmig zur Kenntnis genommen.

Ich ersuche das Hohe Haus, das ebenfalls zu tun.

Präsident Johann **Herzog**: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Zum Wort ist niemand gemeldet. Wir kommen daher zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtages, die den vorliegenden Bericht des Unvereinbarkeitsausschusses an den Landtag für das Jahr 2014 zur Kenntnis nehmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke, das ist einstimmig so beschlossen.

Ich danke dem Herrn Berichterstatter für seine Berichterstattung.

Es gelangt nunmehr Postnummer 3 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft die Anfrage der Staatsanwaltschaft Wien um Zustimmung zur behördlichen Verfolgung des Herrn Vizepräsidenten des Bundesrates Mag Harald Himmer wegen des Verdachtes des Verbrechens der Untreue nach § 153 Abs 1 und 2, 2. Fall StGB. Ich bitte die Berichterstatterin, Frau Abg Kathrin Gaal, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatterin Abg Kathrin **Gaal**: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Uns liegt eine Anfrage der Staatsanwaltschaft Wien bezüglich der weiteren Verfolgung des Herrn Vizepräsidenten des Bundesrates Harald Himmer vor.

Das Immunitätskollegium hat getagt und hat einstimmig beschlossen, die Zustimmung dazu zu erteilen.

Ich bitte daher auch Sie, unserer Empfehlung zu folgen. - Danke vielmals.

Präsident Johann **Herzog**: Ich danke der Frau Berichterstatterin. Zum Wort ist niemand gemeldet. Wir

kommen daher zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtages, die dem Antrag des Immunitätskollegiums zustimmen wollen, die Hand zu heben. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich danke der Frau Berichterstatterin.

Somit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung erledigt. Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten

Sitzung werden auf schriftlichem Wege bekannt gegeben.

Die Sitzung ist geschlossen und ich wünsche allen Anwesenden einen angenehmen Tag.

(Schluss um 10.48 Uhr)